

Informationen aus der
Evangelischen Akademie Tutzing

Vor fast 50 Jahren hatte Egon Bahr mit seiner Tutzinger Rede vom „**Wandel durch Annäherung**“ eine Neuorientierung der deutschen Ostpolitik eingeleitet. Heute müsse man den Bogen weiter spannen, bekräftigte der Sozialdemokrat, und von einer

„**GLOBALISIERUNG DURCH ANNÄHERUNG**“

sprechen.

Die Akademie ehrte ihn mit der Verleihung des „Tutzinger Löwen“.

Inhalt



Jahresempfang 2012

Braucht die Zivilgesellschaft die Kirche? Begrüßung im Salon: der bayerische Innenminister *Joachim Herrmann*, die Stellv. Akademiedirektorin *Ulrike Haerendel*, Akademiedirektor *Udo Hahn* mit seiner Frau *Sabine Rüdiger-Hahn* und Landesbischof *Heinrich Bedford-Strohm* (v.l.).
> Mehr über den Neujahrsempfang auf Seite 2



Egon Bahr erhielt den „Tutzingen Löwen“

Sichtlich erfreut nahm *Egon Bahr* den „Tutzingen Löwen“ entgegen, mit dem ihm Direktor *Udo Hahn* für seine langjährige Verbundenheit zu der Akademie dankte.
> Die Laudatio und die Dankesrede auf Seite 8



Brennpunkte der Weltwirtschaft

Über eine anhaltende Krise der Weltwirtschaft berieten namhafte Wirtschaftsfachleute in Tutzing:
Kai Carstensen (ifo Institut, München), *Stephan Schulmeister* (Wifo – Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung, Wien), *Martin Held* (Studienleiter Wirtschaft, Nachhaltige Entwicklung) sowie *Gernot Nerb* (ifo Institut, München), *Martin W. Hüfner* (Chefvolkswirt Assenagon, München) und *Jens Bastian* (Mitglied EU Task Force für Griechenland, Athen) (v.l.).
> Ein Bericht des Wirtschaftsforschers *Stephan Schulmeister* auf Seite 12



Expertenforum zur Radikalkritik am Islam

Die Eugen-Biser-Stiftung und die Akademie befassten sich mit den radikalen Formen der Kritik am Islam.
> Lesen Sie den Vortrag der ehemaligen Islambeauftragten der SPD-Bundestagsfraktion, *Lale Akgün*, auf Seite 15

Im Gespräch: *Hamideh Mohagheghi*, Lehrbeauftragte für die Religion des Islam an der Universität Paderborn, und Prof. Dr. *Heiner Bielefeldt*, UN-Sonderberichterstatter über Religions- und Weltanschauungsfreiheit, Erlangen.

2 Jahresempfang 2012

Braucht die Zivilgesellschaft die Kirche?
Udo Hahn: Begrüßung des Akademiedirektors
Joachim Herrmann: Grußwort für die Bayerische Staatsregierung
Heinrich Bedford-Strohm: Braucht die Zivilgesellschaft die Kirche?

8 Verleihung des „Tutzingen Löwen“ an Egon Bahr

Udo Hahn: Laudatio
Egon Bahr: Globalisierung durch Annäherung

12 Brennpunkte der Weltwirtschaft

Turbulenzen, Hoffnung auf Stabilisierung und Reformperspektiven
Stephan Schulmeister: Auf dem Weg in eine Depression? Zum Verhältnis von Real- und Finanzwirtschaft im langfristigen Entwicklungszyklus

15 Radikalkritik am Islam

Lale Akgün: Radikale Kritik am Islam als Chiffre für Fremdenfeindlichkeit – was muss Politik tun?

18 Der Ring des Nibelungen

Mythos, Logos, Narrativ, Kunstreligion?
Marion Tiedtke: Der Ring – wer verhandelt was?

21 In eigener Sache

Axel Schwanebeck: Wechsel im Kuratorium

22 Kinder und häusliche Gewalt

Auswirkungen und Hilfen
Eine Zusammenfassung des Abschlusspodiums

25 Schreckensbilder – verroht unsere Bildberichterstattung?

Tutzingen Medien-Dialog
Sebastian Haas / *Michael Schröder*: Krisen, Kriege, Katastrophen – der Schrecken in den Medien

28 Petrarca, Liszt und das Erzählen der Welt

Silvester 2011
Brigitte König: Silvester im Schloss

31 Freundeskreis

Hildegard Brack: Stammzellenforschung: Bestandsaufnahme, Perspektiven und ethische Fragen
Reinhold Dobmeier / *Karin Holl* / *Ehrenfried Lachmann*: Christentum sucht neue Anker

33 Impressum

Veranstaltungskalender

Andacht

Imam Benjamin Idriz: Der Morgen soll dir Gutes für den Tag bringen



Akademiedirektor *Udo Hahn*

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

im so genannten Akademiegesetz heißt es kurz und bündig: „Der Evangelischen Akademie steht zur Erfüllung ihrer Aufgaben ein Kuratorium beratend zur Seite.“ Und weiter: In ihm „sollen Freunde und Förderer der Evangelischen Akademie, namentlich aus dem Laienstande, vertreten sein.“ In drei, vier Sitzungen pro Jahr lässt sich dieses Gremium die Arbeit der Akademie vorstellen. Es analysiert und kommentiert die Aktivitäten und Planungen.

Die Erfahrungen, die die einzelnen Persönlichkeiten einbringen, sind von unschätzbarem Wert. Dies gilt auch im Blick auf die Verweildauer der einzelnen Mitglieder, bei der der Landeskirchenrat, der die Berufungen ausspricht, dankenswerterweise auf Kontinuität achtet. Nach zwei Jahrzehnten Mitarbeit im Kuratorium ist jetzt *Stephan Bergmann*, Leiter der Fernsehredaktion beim BR und Vorsitzender des Ausschusses für Gesellschaft und Diakonie der Landessynode, verabschiedet worden (s. a. Seite 21). Zu seinem Nachfolger im Kuratorium hat der Landeskirchenrat den Leiter von BR-alpha, *Werner Reuß*, bestimmt.

Das Kuratorium tagt unter dem Vorsitz von Prof. Dr. *Gunther Wenz*, Direktor des Instituts für Fundamentaltheologie und Ökumene sowie Inhaber des Lehrstuhls für Systematische Theologie mit Schwerpunkt Dogmatik an der Universität München. Sein Stellvertreter ist der langjährige Amtschef des Bayerischen Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst, Ministerialdirektor i. R. Dr. *Friedrich Wilhelm Rothenpieler*.

Ferner gehören dem Kuratorium an: Bundesjustizministerin *Sabine Leutheusser-Schnarrenberger*, Dr. *Hannemor Keidel*, Vizepräsidentin der TU München, *Hildegund Holzheid*, Präsidentin a. D. des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs und des Oberlandesgerichts München, *Christine Scheel*, langjährige Bundestagsabgeordnete und ab 1. Februar Vorstandsmitglied des Energieunternehmens HSE, *Heinrich Götz*, Rektor der Diskonissenanstalt Augsburg und Vizepräsident der Landessynode, Prof. Dr. *Markus Rückert*, Geschäftsführer des Augustiums, *Nikolaus Piper*, Senior Correspondent der Süddeutschen Zeitung, Prof. Dr. *Hans-Joachim König*, Vorsitzender des Freundeskreises der Evangelischen Akademie Tutzing, sowie Oberkirchenrat *Detlev Bierbaum*, Leiter der Abteilung „Gesellschaftsbezogene Dienste“ im Landeskirchenamt. – Vielen Dank für das Vertrauen und die Unterstützung unseres Hauses!

Ihr Udo Hahn

Jahresempfang der Akademie

BRAUCHT DIE ZIVILGESELLSCHAFT DIE KIRCHE?



Akademiedirektor *Udo Hahn* stellte sein neues Studienleitersteam vor und unterstrich den Auftrag der Akademie: „Alles in Frage stellen, was bisher als fest und sicher galt.“



Der bayerische Innenminister *Joachim Herrmann* lobte die Akademie als Denkfabrik: „Sie sorgt regelmäßig für Sternstunden des gesellschaftlichen Diskurses.“



Landesbischof *Heinrich Bedford-Strohm* forderte eine neue politische Kultur, „die sich an wechselseitiger Anerkennung, Wahrheit, Nachhaltigkeit und Rücksicht auf die Schwachen“ orientiert.

Die Kirchen sind zu treibenden Kräften einer beständigen Fortentwicklung von Demokratie und Zivilgesellschaft geworden. Sie mischen sich in die öffentlichen Debatten ein und melden sich in den öffentlich diskutierten Themen zu Wort. Welche Orientierung kann jedoch die christliche Tradition für die politische Kultur geben?

Auf dem Jahresempfang der Akademie hielt Landesbischof *Heinrich Bedford-Strohm* in diesem Jahr den Festvortrag. Vor den rund 400 geladenen Gästen aus Politik, Staat und Kirche gab der Theologe Antworten auf die Frage, warum die Zivilgesellschaft die Kirche braucht.

In seinem Grußwort wies der bayerische Staatsminister des Innern, *Joachim Herrmann*, darauf hin, dass unsere Verhaltensweisen, aber auch unser Rechtssystem vom christlichen Erbe geprägt seien und unsere Gesellschaft auf den Wertvorstellungen des Christentums beruhe.

Aus den Grußworten und dem Vortrag von Landesbischof *Heinrich Bedford-Strohm* nachfolgend einige Auszüge:

Akademiedirektor

Udo Hahn

Die Evangelische Akademie Tutzing ist gut ausgestattet, dem Zeitgeschehen den Puls zu fühlen. Sie ist zugleich das Angebot der Kirche an die Gesellschaft, in einen Dialog einzutreten: in einen Diskurs über gesellschaftspolitische, ökonomische, kulturelle und interkulturelle Fragen. Wir geben dem Gespräch Raum, damit im Streit der Meinungen und Positionen immer wieder Gemeinsamkeiten gesucht und gefunden werden. Unsere Akademie-Räume bieten neben Dialog und Diskurs vielfältige Möglichkeiten der Besinnung und Begegnung, zu Geselligkeit und Kommunikation, die allesamt unerlässlich sind für eine erfolgreiche Tagungsarbeit. Und nicht zuletzt laden sie zu gepflegten kulinarischen Genüssen ein, damit Geist, Leib und Seele insgesamt, ganzheitlich gewissermaßen, zu ihrem Recht kommen. Wer in die Evangelische Akademie Tutzing kommt, der darf sicher sein: Es erwarten ihn nicht nur interessante Tagungen und anregende Begegnungen, sondern auch ein qualitativ hochwertiger Service in Küche und Hauswirtschaft.

Ich will heute jedoch nicht über Kochrezepte oder Maßnahmen der Gastfreundschaft sprechen, sondern über den Auftrag der Akademie. Als kirchliche Dienstleistung orientiert er sich an den Bedürfnissen unserer Gesellschaft. Unsere Gesellschaft leidet nach meinem Eindruck an einer Überforderung, die mit einer Verunsicherung ihrer Bürgerinnen und Bürger einhergeht und in eine Vertrauenskrise größten Ausmaßes einzumünden scheint, die alles in Frage stellt, was den Menschen bislang als fest und sicher galt: unsere Währung, unsere Rechtsordnung, unsere Demokratie. Auch in den weltweiten Bezügen steht viel auf dem Spiel: Heute tagt das Weltwirtschaftsforum in Davos. Und auf dem Tahrir-Platz in Kairo nahm exakt vor einem Jahr die Revolution in Ägypten ihren Ausgang.

Die Welt, in der wir leben, ist entzaubert. Nichts ist mehr heilig – im Sinne seiner Bedeutung „zu Gott gehörig“. Der Mensch hat sich alles zu eigen gemacht, buchstäblich unter den Nagel gerissen, dem Gesetz der Ökonomie unterworfen. Mit allen Konsequenzen: Was sich nicht rechnet, ist nichts wert.

In dieser Krise suchen wir nach Antworten. Aber wissen wir überhaupt, welche Fragen zu stellen sind? Wie bekomme ich die richtige Antwort, wenn ich nicht weiß, wonach ich fragen soll? Die Welt ist komplex. Da gibt es keine einfachen Antworten.

Aber vielleicht sind es in so einer Situation die einfachen Fragen, die den Schleier lüften. Fragen wie diese: Wem nützt es? Ist es wahr? Ist es fair? Und im Blick auf das Große und Ganze: Was wollen wir für eine Gesellschaft?

Evangelische Akademien sind Orte, an denen nicht Antworten vorgegeben, sondern – hoffentlich – die richtigen Fragen gestellt werden. Dabei sind wir nicht nur Forum des Dialogs, sondern auch Faktor. Dies heißt zum Beispiel: Wir setzen uns ein für eine gerechte und solidarische Gesellschaft, in der Antisemitismus und Fremdenhass keinen Platz haben.

Und auch dies scheint ein Kennzeichen unserer Gesellschaft: Sie steht in der Gefahr, atemlos zu werden. Niemand hat für nichts Zeit. Dabei braucht alles seine Zeit, wie es auf einer Sonnenuhr auf dem Gelände dieses Schlosses zu lesen ist. Zu Tagen „der Stille und Besinnung“ haben evangelische Akademien in ihren Anfängen eingeladen. Wir ahnen, was uns über die Jahrzehnte verloren ging. Finden wir es wieder? Im Alten Testament, im Buch des Propheten Jesaja, heißt es im 30. Kapitel: „Wenn ihr umkehrtet und stille bliebet, so würde euch geholfen; durch Stillesein und Hoffen würdet ihr stark sein.“ Was vermeintlich zur Passivität mahnt, ist bei genauerem Hinsehen und Hinhören ein ausgesprochen aktives Geschehen! Für diese Form der Spiritualität wollen auch wir in Tutzing Raum geben, um Menschen zu befähigen, unsere Gesellschaft verantwortlich mitzugestalten.

Wohin sollen wir gehen? Wenn wir das nur immer wüssten! In den vergangenen Tagen bin ich auf eine Szene aus dem Märchen Alice im Wunderland von Lewis Carroll gestoßen, die mir für so manche Suche nach Orientierung in unserer Zeit typisch zu sein scheint: „Welchen Weg soll ich nehmen?“, fragte Alice, als sie an der Weggabelung die große Katze sitzen sah. „Das hängt davon ab, wo du hin willst?“, antwortete die Katze. „Das ist mir eigentlich ziemlich egal“, sagte Alice. Und die Katze: „Dann ist es auch egal, welchen Weg du gehst.“

Der Weg ist nicht egal – er ist nicht das Ziel.

Im Lichte der biblischen Botschaft kann es immer nur ein Ziel geben: auf Gott vertrauen. Manchmal, meine ich, muss man dazu umkehren, um dieses Ziel nicht zu verfehlen.

Staatsminister Joachim Herrmann

Der Empfang der Evangelischen Akademie Tutzing zum Jahresbeginn gehört zweifellos zu den Anlässen im Freistaat, die man sich nicht entgehen lassen sollte.

Lieber Herr Akademiedirektor *Hahn*, das ist heute Ihr erster Neujahrsempfang in Amt und Würden. Ich bin mir sicher: Sie werden die gute Tradition Ihrer Vorgänger hier am Starnberger See in bewährter Weise fortsetzen und für viele weitere Sternstunden des gesellschaftlichen Diskurses und der Begegnung zwischen Welt und Kirche sorgen. Von Herzen wünsche ich Ihnen, lieber Herr *Hahn*, für Ihr verantwortungsvolles Amt viel Erfolg und auch das Quäntchen Fortune, das selbst der Tüchtigste braucht.

Sehr verehrter Herr *Landesbischof Bedford-Strohm*, erst letzte Woche durfte ich in Kreuth hören und erleben, wie eng für Sie der Zusammenhang zwischen evangelischer Theologie und der Umsetzung der daraus gewonnenen Überzeugungen in gesellschaftliches Handeln ist. Mit großer Spannung erwarte ich darum Ihren Vortrag zu der durchaus offen formulierten Frage „Braucht die Zivilgesellschaft die Kirche?“

Bayern – ein christlich geprägtes Land

Leider lässt es sich nicht leugnen: Teile des öffentlichen Lebens in Deutschland haben sich in den vergangenen Jahrzehnten zunehmend von Glauben und Kirche entfremdet; das trifft gerade auch unsere politische Kultur. Der schwindende Anteil von Mitbürgern, die sich zum christlichen Glauben bekennen, hinterlässt unübersehbare Spuren.

Dennoch gilt nach wie vor der Befund, dass Bayern ein christlich geprägtes Land ist. Christlicher Glaube, jahrhunderte alte Riten und religiöse Bräuche sind bei uns tief verwurzelt. Das ist Teil unserer unverwechselbaren Identität.

Unsere Verhaltensweisen, aber auch unser Rechtssystem sind vom christlichen Erbe geprägt. Unsere Gesellschaft beruht natürlich auf dem Erbe der griechisch-römischen Antike, wie auch des Humanismus und der Aufklärung – ganz besonders aber auch auf der Überlieferung und den Wertvorstellungen von Judentum und Christentum.

Kirchen als Kompass und Korrektiv

Christliches Menschenbild und Verfassung sind bei uns in Bayern eng miteinander verbunden. Wie wichtig dieses Wertefundament ist, beweist auch die aktuelle Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus.

Gegen Terroristen ermittelt der Generalbundesanwalt. Die NPD ist eine hoch gefährliche Partei und muss verboten werden; dafür setze ich mich ein. Aber ausländerfeindliches oder antisemitisches Denken ist damit noch nicht aus der Welt geschafft.

Da braucht es engagierte Demokraten und Bürger, die Werte haben und an sie glauben. Vielen Dank der evangelischen Landeskirche und dem Bündnis für Toleranz sowie dem bisherigen Landesbischof Dr. *Friedrich*.

Das ist ein gutes Beispiel, weshalb wir gerade in Zeiten der Krise und des Umbruchs, in Zeiten der Globalisierung, der Beschleunigung und des technologischen Fortschritts unsere Kirchen als Kompass und Korrektiv brauchen. Sie repräsentieren und verkörpern in unserer Gesellschaft moralische und ethische Werte; Werte, die heute unentbehrlicher sind denn je. Sie bieten „Orientierungswissen“ in einer sich stetig wandelnden Welt.

Europa als Wertegemeinschaft

Dem messe ich auch vor dem Hintergrund der europäischen Schuldenkrise besondere Bedeutung zu. Europa muss mehr sein als nur eine gemeinsame Währung und gemeinsame Wirtschaftsinteressen.

Europa muss, wenn es Zukunft haben soll, auch eine Wertegemeinschaft sein – auf christlich-abendländischem Fundament. Europa muss das Wohl des Menschen und seine Würde in den Mittelpunkt stellen.

Miteinander von Staat und Kirche

Darum wollen wir die christliche Prägung und Orientierung in unserem Land erhalten und fortentwickeln. Das liegt der Bayerischen Staatsregierung sehr am Herzen. Wir haben in Bayern traditionell ein hohes Maß an vertrauensvoller Kooperation zwischen Staat und Kirche.

Die Kirchen leisten an der Seite des Staates hervorragende Arbeit. Die Polizeiseelsorge ist insoweit ein ausgezeichnetes Beispiel. Dafür an dieser Stelle ein besonders herzliches Dankeschön! Auch dafür, dass die Kirchen nach wie vor die größten sozialen Netzwerke in unserer Gesellschaft sind.

Kirche und Freistaat verbindet ein partnerschaftliches Verhältnis, in Jahrzehnten gewachsen und bestens gepflegt.

Und das soll auch in Zukunft so bleiben!

Landesbischof Heinrich Bedford-Strohm

Braucht die Zivilgesellschaft die Kirche?

„Braucht die Zivilgesellschaft die Kirche?“ – so lautet die Frage, die mir heute Abend gestellt ist. Und es wird Sie wenig überraschen, wenn ich diese Frage mit einem klaren „Ja“ beantworte.

Die Kirchen haben nicht nur längst ihre skeptische Haltung gegenüber der Demokratie überwunden, sie sind zu treibenden Kräften einer beständigen Fortentwicklung von Demokratie und Zivilgesellschaft geworden. Sie mischen sich in die öffentlichen Debatten ein und melden sich in den öffentlich diskutierten Themen zu Wort, hinter denen in ihren Tiefendimensionen Fragen ethischer Grundorientierung stehen.

Und Nachfrage nach ethischer Grundorientierung gibt es gegenwärtig zur Genüge. Wie kann es sein, dass wir lange Zeit ein System bei den Finanzmärkten hingenommen haben, das nicht auf der Schaffung von Werten beruht, sondern auf blanker Spekulation, und dessen Motivation nicht aus guten Ideen und der Kompetenz, daraus ein gutes Produkt zu machen, bestand, sondern aus der Gier nach immer mehr Geld und der Bereitschaft, dafür Risiken einzugehen, die sonst nur im Spielcasino üblich sind.

Von den Kirchen als Institutionen, die gerade die ethische Verantwortung der Wirtschaft seit langer Zeit immer wieder öffentlich zum Thema gemacht haben, wird daher gerade jetzt ein besonderer Beitrag erwartet.

Kirchliche Denkschriften

Seit etwa 50 Jahren meldet sich die evangelische Kirche mit Denkschriften öffentlich zu Wort. Seit der ersten Denkschrift „Eigentumsbildung in sozialer Verantwortung“ (1962) hat sie sich immer wieder in zivilgesellschaftliche Debatten eingemischt mit Themen, die von der Bedeutung der betrieblichen Mitbestimmung über die Versöhnung mit den östlichen Nachbarländern, die soziale Sicherung, die neuen Kommunikationsmedien, die Landwirtschaft und die inhaltliche Weiterentwicklung der Demokratie bis hin zur Überwindung der Armut, den Wegen zu einem gerechten Frieden, der Herausforderung der Klimakatastrophe, der ethischen Verantwortung unternehmerischen Handelns und jetzt ganz neu der ethischen Reflexion unseres Gesundheitssystems reichen.

In all diesen Stellungnahmen wird der Versuch gemacht, biblisch gegründete Grundorientierungen so mit möglichst umfassender Sachkompetenz zu verbinden, dass eine Form von Orientierung gegeben wird, die nicht über die Niederungen praktischer Politik hinweg geht, sondern auch für die, die tatsächlich politische Verantwortung tragen, hilfreich zu sein vermag. Biblische Orientierungen werden so eingebracht, dass sie für alle Menschen jenseits religiöser oder weltanschaulicher Überzeugungen nachvollziehbar sind.

Ethischer Grundkonsens

Das Stichwort vom ethischen Grundkonsens, auf den Politik, Wirtschaft und Gesellschaft angewiesen sind, markiert einen wichtigen Grund dafür, dass die Frage, ob die Zivilgesellschaft die Kirche braucht, mit einem klaren „Ja“ zu beantworten ist. In einer Gesellschaft, in der zwei Drittel der Menschen Mitglieder der Kirchen sind, kann sich ein solcher Grundkonsens nicht bilden, ohne dass die sozialetischen Orientierungen der christlichen Überlieferung mit einbezogen werden.

Ich behaupte, dass es keinen kraftvolleren Weg zur Vermittlung eines ethischen Grundkonsenses in der Gesellschaft gibt als das für die christliche Tradition so zentrale Doppelgebot der Liebe. „Du sollst den Herrn deinen Gott lieben von ganzem Herzen, von ganzer Seele und mit aller deiner Kraft und deinen Nächsten lieben wie dich selbst.“ Und zur Bekräftigung der zentralen Bedeutung dieses Gebots fügt der Evangelist Matthäus hinzu: „Das ist das Gesetz und die Propheten“ (Mt 22,37-40). Hier wird nicht einfach ermahnt. Hier wird nicht ein festzuhaltendes Wertekonsens beschworen. Hier wird nicht ein Gebot von außen aufgedrückt. Sondern was hier auf den Punkt gebracht wird, ist eine Ethik der Freiheit. Weil wir selbst so viel Liebe erfahren und uns dessen bewusst sind, deswegen handeln wir am anderen genauso. „Sieh, so fließt aus dem Glauben die Liebe und die Lust zu Gott“ – sagt Martin Luther in seiner Freiheitsschrift - „und aus der Liebe ein freies, williges, fröhliches Leben, dem Nächsten umsonst zu dienen. Denn so wie unser Nächster Not leidet und unseres Überflusses bedarf, so haben ja auch wir Not gelitten und seiner Gnade bedurft. Darum sollen wir so, wie uns Gott durch Christus umsonst geholfen hat, durch den Leib und seine Werke nichts anderes tun als dem Nächsten helfen.“

Die Goldene Regel

Wie genau Luther damit den Kern der christlichen Ethik trifft, zeigt eine kleine, aber sehr wichtige Beobachtung im Neuen Testament. Ich habe darauf hingewiesen, dass Matthäus den besonderen Stellenwert des Doppelgebots der Liebe dadurch unterstreicht, dass er es als „das Gesetz und die Propheten“ bezeichnet (Mt 22,40), eine Formel, die den grundlegenden Charakter dieses Gebots unterstreicht. Nur einer anderen neutestamentlichen Tradition wird die Ehre zuteil, als inhaltliche Summe der Ethik Jesu besonders herausgehoben zu werden: der Goldenen Regel: „Alles, was ihr wollt, dass euch die Leute tun sollen, das tut ihnen auch. Das ist das Gesetz und die Propheten“ (Mt 7,12). Man hat die Goldene Regel eine „Gegenseitigkeitsregel“ genannt, weil ihr Kern die wechselseitige Anerkennung ist.

Die Goldene Regel kann geradezu als eine Programmformel für die Einsehbarkeit ethischer Orientierungen und die Möglichkeit und Notwendigkeit, sich in den anderen einzufühlen, gesehen werden. In wechselseitiger Verbindung mit dem Liebesgebot ist sie eine ethische Grundorientierung, die für die Gesellschaft insgesamt von zentraler Bedeutung ist.

Das Gebot des Schutzes der Schwachen wird genau entlang dieser Grundlinie begründet. Es mahnt zur Einfühlung in den Anderen mit dem Hinweis auf die historische Erfahrung des Volkes Israel als Traditionsgemeinschaft, die ihrer eigenen Unterdrückung gedenkt. „Die Fremdlinge sollt ihr nicht unterdrücken; denn ihr wisset um

der Fremdlinge Herz, weil ihr auch Fremdlinge in Ägyptenland gewesen seid“ (Ex 23,9).

Dass Fremde mit Achtung und Respekt behandelt werden sollen, gewinnt seine Plausibilität durch die Einsehbarkeit und die Einfühlbarkeit ihrer besonderen Situation der Verletzlichkeit. Genau wie bei Goldener Regel und Liebesgebot wird hier nicht irgendein Gebot moralistisch beschworen, sondern es wird werbend einsichtig gemacht, so dass die Angesprochenen den Inhalt tatsächlich einsehen und aus ihrem Inneren heraus wollen können.

Für diese innere Aneignung sind religiöse Traditionen nach wie vor von zentraler Bedeutung. Deswegen behaupte ich: Weil der Zusammenhang zwischen äußeren Werten oder Geboten und innerer Aneignung so entscheidend für eine Gesellschaft ist, deswegen braucht die Zivilgesellschaft die Kirche. Und wo andere Religionsgemeinschaften von ihren Quellen her einen ähnlichen Zusammenhang aufweisen, gilt das auch für sie.

Deswegen würde sich die Zivilgesellschaft einer ihrer wichtigsten Regenerationsquellen berauben, würde sie Religion ins Privatleben verbannen wollen. Und auch aus dem Selbstverständnis des Glaubens selbst heraus, kann das in keinem Falle eine Option sein. Wo uns die Not anderer Menschen im Innersten berührt, da können wir gar nicht anders als auf allen Ebenen – einschließlich der politischen – mitzuhelfen, diese Not zu überwinden.

Orientierung für die politische Kultur

Welche Orientierung für die politische Kultur kann die christliche Tradition nun aber geben?

1. Wo eine Gesellschaftsordnung auf wechselseitiger Anerkennung gründet, da muss das auch Ausdruck in der politischen Kultur finden. Die persönliche Herabwürdigung des politischen Gegners steht im klaren Gegensatz zur Goldenen Regel. Es wäre eine Revolution für die politische Kultur in Deutschland, wenn in der Politik die jeweiligen Kontrahenten sich so anderen gegenüber verhielten, wie sie selbst auch behandelt werden wollten. Fairness bewährt sich dann in besonderer Weise, wenn der andere in besonderer Bedrängnis ist. So sehr die kritische Rückfrage in den gegenwärtigen Diskussionen um den Bundespräsidenten berechtigt ist, so sehr erfordert sie einen respektvollen Umgang mit dem Anderen. Mein Amtsbruder, der Hannoversche Landesbischof Ralf Meister hat von einer neuen „Gnadenlosigkeit der politische Kultur“ gesprochen. Sie hat insbesondere in den einschlägigen Foren im Internet zu einer Hetze geführt, die sich gegen beide Seiten richtete. Der Bundespräsident wurde lächerlich gemacht. Hier ist das Maß verloren gegangen.

2. Politische Kultur ist untrennbar verbunden mit der Orientierung an der Wahrheit. Deswegen muss alles auf den Tisch, was für die zur Debatte stehenden politischen Fragen von Bedeutung ist. Dazu gehören nicht Details aus dem Privatleben der Politiker soweit sie tatsächlich nur private Belange berühren. Dazu gehören aber sehr wohl diejenigen Umstände, die für die Unabhängigkeit politischer Entscheidung Relevanz haben. Wenn private Unternehmungen von Politikern durch Firmen finanziert werden, die damit möglicherweise ökonomische Interessen verfolgen und damit politische Entscheidungen beeinflussen, dann ist die Grenze des Legitimen überschritten.

Landesbischof a.D. Johannes Friedrich und Ehefrau Dorothea



Staatsminister a.D. Eberhard Sinner



Thomas von Mitschke-Collande, Senior Director McKinsey, und Oberkirchenrat Detlev Bierbaum (re.)



Musikproduzent Leslie Mandoki



Christine Scheel (Mitte), Vorstandsmitglied des Energieunternehmens HSE



Ursula Männle, MdL, Mitglied des Fraktionsvorstands der CSU



Reinhold Bocklet, 1. Vizepräsident Bayerischer Landtag



Bundesministerin a.D. Renate Schmidt



Werner Reuß (li.), Hauptabteilungsleiter von BR-alpha, und der Kuratoriumsvorsitzende der Akademie, Prof. Dr. Gunther Wenz



Imam Benjamin Idriz und seine Ehefrau Nermina

3. Politische Kultur muss sich an dem Gebot der Nachhaltigkeit orientieren. Dass für politische Strategien der Wunsch, wiedergewählt zu werden, eine Rolle spielt, ist nachvollziehbar. Und hinter diesem Wunsch müssen nicht nur Machterhaltungsinteressen stehen. Wer fest davon überzeugt ist, dass bestimmte politische Weichenstellungen – auch aus ethischen Gründen – notwendig sind, muss und darf auch die Frage stellen, wie langfristig Mehrheiten dafür zu gewinnen sind. Die Grenze solcher Überlegungen liegt in einem kurzfristigen wahltaktischen Handeln, das die unter dem Gesichtspunkt der Nachhaltigkeit notwendigen politischen Entscheidungen unterlässt. Die Verteuerung von Energie etwa ist nicht unbedingt ein Stimmenfänger. Wenn sie aber zugunsten einer zukunftsverträglichen Veränderung der Wirtschaftsstrukturen notwendig ist, dann muss sie in der Politik erklärt und sozial abgedefert werden. Wer mit politischen Forderungen Wahlkampf macht, die kurzfristig Gefallen finden, sich aber langfristig destruktiv auswirken, handelt verantwortungslos.

4. Politische Kultur impliziert immer eine besondere Verantwortung für die Schwachen. Wer die Goldene Regel wirklich ernst nimmt, muss sein politisches Handeln kontinuierlich auf die Frage hin prüfen, wie es sich auf die verletzlichsten Glieder der Gesellschaft auswirkt. Insbesondere die von ihrer Herkunft, von ihren natürlichen Gaben und von ihren materiellen Möglichkeiten her privilegierten Bürgerinnen und Bürger haben allen Grund, aus der Dankbarkeit zu leben. Auch da, wo viel persönliche Leistung hinter dem Erreichten steht, ist die Rede vom „self made man“ eine Missachtung des Schöpferglaubens. Wir sind alle miteinander „God made men and women“. Niemand hat sich selbst geschaffen. Wir sind von Gott geschaffen, von unserer Mutter geboren und haben unzählige Begleiterinnen und Begleiter am Wegrand unseres Lebens gehabt, die uns geholfen haben zu werden, wer wir sind. Wer sich dessen bewusst ist, wer aus der Dankbarkeit leben lernt, ist nicht nur ein glücklicher Mensch, er wird auch aus Freiheit alles tun, was die Situation der schwächsten Glieder einer Gesellschaft zu verbessern vermag. Solange sie nicht teilhaben an den wirtschaftlichen und sozialen Prozessen einer Gesellschaft, verdienen sie vorrangige Aufmerksamkeit.

5. Politische Kultur muss fehlerfreundlich werden. Irrtümer eingestehen, darf kein Makel sein, sondern es muss zur Tugend werden. Wenn Politiker oder Parteien ihre Positionen an bestimmten Punkten in die richtige Richtung ändern, dann zeigt sich darin die Fähigkeit, dazuzulernen, eine Fähigkeit, die für die Weiterentwicklung eines Gemeinwesens von zentraler Bedeutung ist. Wir brauchen mehr Bereitschaft zur Selbstkritik in der Politik. Und sie muss Parteigrenzen überschreiten. Was für richtig erkannt wird, muss auch dann zum Ausdruck gebracht werden, wenn es der eigenen Parteilinie widerspricht. Querdenker sind ein Aktivposten für die politische Kultur. Und die Bereitschaft, falsche Wege zu verlassen, ist Ausdruck von Klugheit und Verantwortung. Eine politische Kultur, die das berücksichtigt und es auch ausstrahlt, ist das beste Mittel gegen Politikverdrossenheit und birgt die Chance in sich, auch die Jugend wieder für die Politik zu gewinnen.

Dass der Glaube an Gott und der Einsatz für eine bessere Welt zusammengehören, hat Dietrich Bonhoeffer einmal mit einem Satz zum Ausdruck gebracht, mit dem ich schließen möchte: „Wenn morgen der jüngste Tag anbricht, dann wollen wir gerne die Arbeit für eine bessere Zukunft aus der Hand legen. Vorher aber nicht.“ ✠

Auszeichnung

Egon Bahr erhielt den „Tutzingener Löwen“

Vor fast 50 Jahren hatte der SPD-Politiker *Egon Bahr* mit seiner in Tutzing gehaltenen Rede „Wandel durch Annäherung“ eine Neuorientierung der deutschen Ostpolitik unter dem späteren Bundeskanzler Willy Brandt eingeleitet und damit zugleich das Renommee der Evangelischen Akademie bundesweit und international geprägt.

Am 13. Februar 2012 ehrte die Akademie Prof. Dr. *Egon Bahr* mit dem „Tutzingener Löwen“, der ihm im Rahmen eines festlichen Abendessens von Akademiedirektor *Udo Hahn* überreicht wurde. Bislang wurden Altbundeskanzler Helmut Kohl und Staatsministerin a.D. Hildegard Hamm-Brücher sowie der Physiker Carl-Friedrich von Weizsäcker (1912-2007) und die früheren bayerischen Landesbischöfe Hermann von Loewenich (1931-2008) und Johannes Friedrich mit der Bronzeplastik geehrt.

Lesen Sie nachfolgend Auszüge aus der Laudatio von Akademiedirektor *Udo Hahn* und aus der Dankesrede des Politikers und Friedensforschers *Egon Bahr*:

Udo Hahn

Sehr geehrte Festgäste,
sehr geehrter,
lieber Herr Professor Bahr!

Manchmal steht das Wichtigste am Ende. Es ist der vorletzte Satz des knapp fünf Seiten umfassenden Manuskriptes, in dem das Geschichte bewegende und Geschichte schreibende Motto „Wandel durch Annäherung“ formuliert wurde. Die Quintessenz Ihrer Ausführungen, verehrter Herr Professor *Bahr*, die Schlussfolgerung einer abgewogenen Analyse. Der letzte Satz Ihrer Ausführungen enthält ihr persönliches Bekenntnis: „Ich bin fest davon überzeugt, dass wir Selbstbewusstsein genug haben können, um eine solche Politik ohne Illusion zu verfolgen, die sich außer-



Fotos: Haist

dem nahtlos in das westliche Konzept der Strategie des Friedens einpasst, denn sonst müssten wir auf Wunder warten, und das ist keine Politik.“

Im letzten Satz Ihres Redemanuskriptes bringen Sie den Begriff „Wunder“ in einen vermeintlichen Gegensatz zu politischem Handeln. Hier das scheinbar tatenlose Warten auf ein Wunder, dort die zielstrebig handelnde Politik.

Aus einer biblischen Perspektive heraus wage ich mir zu sagen, dass der beschriebene Gegensatz so nicht besteht. Es gibt keinen Automatismus und keine Kausalität, dass die beste Absicht und noch so stringentes Handeln auch tatsächlich das gewünschte Ergebnis herbeiführen. Wenn es am Ende doch gelingt, ist es ein Wunder. Die Wiedervereinigung – das war das zentrale Thema jener Tagung des Politischen Clubs der Evangelischen Akademie Tutzing im Juli 1963. Gekommen ist sie – welch ein Wunder – 1990, nach der friedlichen Revolution im Herbst 1989.

Und Ihre Ausführungen an jenem 15. Juli 1963 haben im Grunde nur diesen Schluss zugelassen, dass es schon ein Wunder braucht. Sie sagten damals, Ihre Ausführungen seien „zur Anregung gedacht und entspringen dem Zweifel, ob wir mit der Fortsetzung unserer bisherigen Haltung das absolut negative Ergebnis der“ – und ich füge ein: bisherigen „Wiedervereinigungspolitik ändern können.“ Und weiter: „Die Voraussetzungen zur Wiedervereinigung sind nur mit der Sowjet-Union zu schaffen. Sie sind nicht in Ost-Berlin zu bekommen, nicht gegen die Sowjet-Union, nicht ohne sie... Die Wiedervereinigung ist ein außenpolitisches Problem... Heute (Anm.: 1963) ist klar, dass die Wiedervereinigung nicht ein einmaliger Akt ist, der durch einen historischen Beschluss an einem historischen Tag auf einer historischen Konferenz ins Werk gesetzt wird, sondern ein Prozess mit vielen Schritten und vielen Stationen..., dass jede Politik zum direkten Sturz des Regimes drüben aussichtslos ist.“

Am Ende Ihrer – aus heutiger Sicht – prophetischen Rede, fragen Sie, „ob es nicht Möglichkeiten gibt...?“ Dann folgt der entscheidende Satz: „Das ist eine Politik, die man auf die Formel bringen könnte: Wandel durch Annäherung.“

Am Anfang des Mottos steht bereits das Ergebnis des beabsichtigten Handelns: dass es zu einer Veränderung des Status Quo kommt – zum Wandel. Das Instrument, um ihn zu bewerkstelligen, ist die Annäherung. Diese kann man vom Gegenüber trefflich einfordern. Aber der Begriff intendiert, dass ich nicht warte, bis der andere sich bewegt, sondern dass ich mich bewege. Es ist nicht hoch genug zu achten, wenn einer den ersten Schritt wagt. Eine Belohnung ist nicht garantiert. Aber – Gott sei Dank – auch nicht ausgeschlossen.

Ihr Motto „Wandel durch Annäherung“ hatte weitreichende Folgen. Über die politischen habe ich gerade gesprochen. Ich muss den Bogen aber noch weiter

schlagen. „Wenn es je eine Tagung der Evangelischen Akademie Tutzing gab, die nicht nur Schlagzeilen für einen Tag machte, sondern die deutsche Nachkriegsgeschichte beeinflusste“, so schrieb mein verehrter Vorgänger im Amt des Direktors dieses Hauses, Claus-Jürgen Roepke, 1986 in einem Band zum 40-jährigen Bestehen der Akademie, „dann war es diese Veranstaltung mit Egon Bahr.“ Das stimmt!

1963 – zum zehnjährigen Bestehen des Politischen Clubs – waren u.a. angereist: Berlins Regierender Bürgermeister Willy Brandt – mit seinem Pressesprecher Egon Bahr; der Bayerische Ministerpräsident Alfons Goppel, dazu seine Parteikollegen aus der CSU Franz Josef Strauß, Friedrich Zimmermann und Richard Jaeger; dazu von der FDP Erich Mende und von der CDU Kurt Georg Kiesinger. Drei US-Senatoren, dazu die Publizisten Sebastian Haffner und Matthias Walden. Und Bundeskanzler Konrad Adenauer und sein Pressesprecher Karl-Günther von Hase.

Sie, lieber Herr *Bahr*, hielten damals im Anschluss an Willy Brandt Ihren Vortrag, der – wie es „Der Tagesspiegel“ in Berlin notierte – auf „starke Beachtung und ein kritisches Echo“ stieß.

Am Ende hatten und haben alle etwas davon: die Menschen in unserem Land, die Evangelische Akademie Tutzing. Und auch Sie! So ist es mir eine große Freude und Ehre, Ihnen den „Tutzingener Löwen“ überreichen zu dürfen: als Dank für Ihr Wirken und als Zeichen der freundschaftlichen Verbundenheit mit unserem Haus. Zugleich steht der „Tutzingener Löwe“ auch für Toleranz und Weltoffenheit. Das Motto „Wandel durch Annäherung“ ist noch nicht verbraucht. Es hat Potential, auch in anderen Zusammenhängen Wirkung zu entfalten. Darauf müssen wir hinarbeiten – in der Hoffnung auf weitere Wunder.

Egon Bahr

Globalisierung durch Annäherung

Bei der Einladung für die Preisverleihung möchte ich einige kleine Präzisionen vornehmen. Vor allem: Ich habe 1963 keine Rede gehalten. Roland Messner, der damalige Direktor der Akademie, hatte den Regierenden Bürgermeister gebeten, seine künftigen Vorstellungen zur Außen- und Sicherheitspolitik im Falle seiner Wahl zum Bundeskanzler in Tutzing darzulegen. Die Rede war das Produkt langer und sorgfältiger Arbeit. Sie liest sich auch heute noch hervorragend. Als Messner mich anrief und darum bat, mich auf einen kleinen Diskussionsbeitrag vorzubereiten, war ich ratlos, denn der Kopf war leer. Schließlich sagte ich zu und hatte den Einfall, einen Punkt aus der Rede Brandts zu nehmen und ihn für die Konsequenzen des Verhältnisses zwischen den beiden deutschen Staaten zu exemplifizieren. Den Text diktierte ich in einer Stunde herunter.



„Wandel durch Annäherung – Sie haben mit diesem Satz treffend beschrieben, was Aufgabe der Politik ist: nach einer klugen Betrachtung – die möglichen Optionen vor Augen – entschieden handeln“, würdigte Akademiedirektor *Udo Hahn* den SPD-Politiker *Egon Bahr* und überreichte ihm den „Tutzingener Löwen“.



Egon Bahr fasste in seiner Dankrede zusammen, was der „Wandel durch Annäherung“ politisch bewirkt hatte: „Die Teilung Berlins wurde überwunden, die Teilung Deutschlands und die Teilung Europas wurden überwunden. Die Entspannung war wichtiger als die Ideologie, wie später zwischen China und Taiwan.“

Darin stand auch „Wandel durch Annäherung“, was meinem Stellvertreter eine gute Überschrift schien.

Der Zwang zum neuen Denken begann nach der Mauer. Sie hatte schmerzhaft und grausam bewiesen: Alle Vier Mächte waren mit der Teilung zufrieden, der Stadt, des Landes, Europas. Präsident Kennedy hatte in einem Brief an Brandt geschrieben, die Mauer könne nur durch Krieg beseitigt werden, und den wolle niemand. Wir fühlten uns sehr allein als Objekte der großen Politik. Niemand würde uns helfen, auch nur einen kleinen Spalt in die Mauer zu bringen, um unsere deutschen Interessen zu wahren und einen kommunalen Notstand zu mildern.

Das Nachdenken ergab die Analyse: Wir könnten nur unterhalb der Siegerrechte und in voller Respektierung dieser unkündbaren Rechte versuchen, tätig zu werden. Die Sondierung ergab, niemand hatte etwas dagegen, auch nicht die Bundesregierung, über menschliche Erleichterungen in der Stadt zu verhandeln. Die Konsequenz führte zum ersten Tabubruch, nämlich mit der DDR zu verhandeln. Niemand hatte eine Ahnung, was daraus werden würde. Wir auch nicht. Es entsprach einem neuen Prinzip, mit denen zu sprechen, von denen man etwas will. Wir wollten Passierscheine.

Der zweite Tabubruch erfolgte 1969 in der ersten Regierungserklärung des Bundeskanzlers Brandt. Er nannte die DDR einen Staat, auch wenn sie kein Ausland sein könne. „Wandel durch Annäherung“ wurde die Anwendung des Kennedy Wortes: „Wer den Status Quo ändern will, muss ihn anerkennen.“

Damals gab es noch keinerlei Vorstellung, dass Ende 1971 ein historischer Markstein in der Nachkriegsgeschichte erreicht werden würde, wo die Vier Mächte erstmals nicht mehr allein in Deutschland verfügen konnten. Das wurde zwar Vier-Mächte-Abkommen genannt, aber die Vier mussten warten, bis die beiden deutschen Regierungen die Einzelheiten des zivilen deutschen Transitverkehrs vereinbart hatten, ehe sie das Ganze in Kraft setzen konnten. Das Modell 4 + 2 war geboren. 18 Jahre später wurde daraus das Abkommen 2 + 4, als die Sieger gar nicht mehr anders konnten, wie internationale Notare dem vereinten Deutschland seine volle Souveränität zu bestätigen und zurückzugeben.

Was Wandel durch Annäherung bewirken kann, habe ich gerade in Taiwan gelernt. Die Regierung hatte kurz vor Weihnachten mich und meine Frau eingeladen, um über „Wandel durch Annäherung, kleine Schritte, Grundlagenvertrag und Gewaltverzicht“ zu sprechen. Meine Überraschung war groß. Meine Gesprächspartner benutzten die Begriffe in akzentfreiem Deutsch. Sie waren ihnen geläufig und sie hatten sie auf ihre drei Grundsätze übertragen: Es gibt nur ein China, keine Vereinigungspolitik und Gewaltverzicht. Diese Politik hat bewundernswerte Ergebnisse erzielt. Ein China wird in Peking anders interpretiert als in Taipeh, aber ist die gemeinsame Basis des Verhältnisses von Gewalt-

verzicht zur Einheit. Natürlich vergisst man weder da noch dort, dass auf der einen Seite ein kommunistisch gelenkter Ein-Parteienstaat und auf der anderen Seite eine Demokratie existiert.

Das Ergebnis in Taipeh imponiert. Der kleine Stadtflughafen fertigt täglich 500 Starts und Landungen nach China und Japan ab. Es gibt einen Massentourismus in beide Richtungen. Dem entspricht eine wirtschaftliche Verflechtung in beide Richtungen, einschließlich von technischen Entwicklungen und Investitionen.

Das Ergebnis in Europa ist eindrucksvoll: Die Teilung Berlins wurde überwunden, die Teilung Deutschlands und die Teilung Europas wurden überwunden. Die Entspannung war wichtiger als die Ideologie, wie später zwischen China und Taiwan.

Seit Präsident Kennedy bei seinem Besuch 1963 erklärt hat: „Ich bin ein Berliner“ ist der Status in Berlin stabil geblieben. Es hat danach keine Krise mehr gegeben und auch keinen politischen oder diplomatischen Versuch zur Lösung der deutschen Frage oder zur Überwindung der deutschen Teilung. Die Voraussetzung dafür schuf die deutsche Entspannungspolitik, leidenschaftlich bekämpft, bis Kohl Kanzler wurde und sie fortsetzte. Die Stabilität der Sicherheit haben die beiden Supermächte in Europa garantiert, sehr verantwortungsbewusst nach Kuba, bis die Präsidenten Bush, d. Ä. und Gorbatschow die Raketen und die größte Dichte konventioneller Waffen in der Welt beseitigten, die sie hier gegen einander aufgestellt hatten. Im Ergebnis ist Europa nicht mehr allein kriegserklärungsfähig und so schwach und friedlich, dass Washington und Moskau sich Asien zuwenden können, wo es inzwischen die größte Ansammlung von Waffen und Konflikten jeder Art gibt, ohne dass auch nur irgend ein Abkommen zur Vertrauensbildung existiert. Präsident Obama hat nun in Australien erklärt: Amerika ist dort hingekommen, um zu bleiben. Man kann hoffen, dass sein Wort die gleiche Stabilität in Asien bewirkt wie das Wort seines Vorgängers Kennedy in Europa.

Globalität ist zu Recht das Stichwort des neuen Jahrhunderts geworden. Der Klimawandel ist nicht beherrschbar, die Zunahme der Menschheit ist nicht gestoppt, der absehbare Mangel an Wasser auch nicht. Konflikte sind denkbar. Dazu kommt die große neue Technologie, das Internet und seine Vermittler, die Handys. Sie wirken weltweit und sind nicht kontrollierbar. Unbestritten ist die neue Technologie nicht nur eine segensreiche Einrichtung im täglichen Leben, sondern auch kriegerisch nutzbar und hat bereits den Namen Cyberwar. Das Bewusstsein der Abschreckung wächst, weil kein einziges dieser Probleme mit Gewalt lösbar scheint. Zusammenarbeit statt Konfrontation ist das Stichwort für das Überleben auf unserer Erde.

Deutschland hat gerade drei strategische Partnerschaften vereinbart, mit der Mongolei, mit China und mit

Fotos: Haist



Kasachstan. In jedem dieser Länder gibt es wichtige Rohstoffe. In keinem dieser Länder existiert eine Demokratie nach unserer Machart und die Menschenrechte werden dort jedenfalls anders buchstabiert. Das ist wie in Saudi-Arabien. Da funktioniert die strategische Partnerschaft auch ohne förmliche Erklärung schon länger.

Amerika sieht in China zuerst den Partner, auch wenn er Gegner bleibt, und behandelt Nordkorea mit Samthandschuhen in der Erwartung, dass China bei der Kontrolle der Atomwaffen Nordkoreas hilft. Eine friedliche Welt verlangt Regeln für alle Staaten. Dazu gehört dann unausweichlich und unentbehrlich die Zusammenarbeit mit Nicht-Demokraten. Die Modernisierung des Wandels durch Annäherung heißt heute: Globalisierung durch Annäherung. ☞

Eine Geschichtsstunde der besonderen Art

war es für die Zehntklässler des Tutzingener Gymnasiums und der Tutzingener Realschule gewesen, als sie in einer zweistündigen „Frage-und-Antwort-Runde“ den prominenten SPD-Politiker und Friedensforscher Egon Bahr zu seiner These „Wandel durch Annäherung“ im Tutzingener Musiksaal befragen durften.

Die Schülerinnen und Schüler waren auf diese Zusammenkunft gut vorbereitet. „Was haben Sie 1963 über die Evangelische Akademie Tutzing gewusst?“ Und: „Wie groß war Ihr persönlicher Anteil an der Wiedervereinigung?“ Schließlich: „Welche politischen Ziele würden Sie heute gerne verwirklicht sehen?“

Professor Bahr nahm sich bei der Beantwortung der Fragen Zeit für die Jugendlichen und fasste seine Überlegungen in dem Satz zusammen: „Klimawandel, Bevölkerungsexplosion und Wassermangel sind nicht mehr mit militärischer Gewalt lösbar und verlangen die Zusammenarbeit aller Staaten dieser Welt.“

Die jungen Zuhörer waren begeistert von den umfassenden, präzisen Antworten, die Bahr ihnen gab. Immer mehr wollten sie von ihrem Gegenüber wissen. Was er denn von der EU halte und wie er die Zukunft Europas einschätzen würde, lautete eine der nächsten Fragen. Bahr reagierte mit einem verschmitzten Lächeln: „Die Europäer hatten Angst vor dem Osten gehabt und haben sich schließlich zusammengezittert“. Jetzt, so der Politiker, müsse die EU ihre gemeinsame Handlungsfähigkeit unter Beweis stellen, wenn es beispielsweise um die Unterstützung Griechenlands oder eines der anderen EU-Länder ginge.

Brennend interessierte die Jugendlichen abschließend die Frage, was der fast 90-jährige Egon Bahr vom Internet halte, dem Kommunikationsmedium also, das aus der jungen Generation nicht mehr wegzudenken ist und ihr Freizeitverhalten entscheidend mitprägt. Erneut überraschte Egon Bahr seine jugendlichen Zuhörer mit einer recht jugendgemäßen Antwort: „Das Internet bietet der Jugend die Möglichkeit, in großem Rahmen verknöcherte Strukturen aufzubrechen. Das zeigt die Verunsicherung in China durch den Konzeptkünstler und Bildhauer Ai Weiwei. Das zeigt aber auch der schnelle Sturz zu Gutenberg. Auch die Protestbewegung in den einzelnen nordafrikanischen Staaten verdeutlicht, was Jugendliche über das Internet und Facebook bewirken können. All dies zwingt aber auch zu globaler Zusammenarbeit. Wenn ich damals gesagt habe *Wandel durch Annäherung* sei der richtige Weg, dann muss es heute heißen *Globalisierung durch Annäherung*.“ A.S.

Brennpunkte der Weltwirtschaft

Eine neue Angst um die Weltwirtschaft geht um. Keine drei Jahre nach dem Höhepunkt der Finanzkrise hat sich die Weltwirtschaft noch nicht davon erholt. Sind die Befürchtungen über eine anhaltende Krise berechtigt? Worauf haben wir uns in Deutschland einzustellen?

Die Euro-Krise ist noch lange nicht vorbei. Hinzu kommen Turbulenzen in Nordafrika und im Nahen Osten sowie auf den Ölmärkten. China verkauft seine Produkte zu Dumpingpreisen in die USA und sammelt emsig Dollar, die in US-Anleihen reinvestiert werden.

Damit stellt sich die Frage nach dem strategischen Verhältnis von USA und China. Und Japan geht nach der Atomkatastrophe von Fukushima durch schwere Zeiten.

In Zusammenarbeit mit Professor Kai Carstensen und Gernot Nerb vom ifo Institut in München ging Studienleiter Martin Held der Frage nach, was die Perspektiven für weitergehende Reformschritte sein könnten, die - über das aktuelle Krisenmanagement hinausgehend - einen zukunftstauglichen Pfad weisen? Lesen Sie nachfolgend den Bericht des Wiener Wirtschaftsforschers Stephan Schulmeister:

Stephan Schulmeister



Stephan Schulmeister, Ökonom am Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung, plädierte für einen Europäischen Währungsfonds, der sich über Eurobonds finanziert und diese Mittel an die EU-Mitglieder weiterreicht, allerdings versehen mit Bedingungen.

Auf dem Weg in eine Depression?

Zum Verhältnis von Real- und Finanzwirtschaft im langfristigen Entwicklungszyklus

Die Hauptthese lautet: Die Euro-Krise stellt die jüngste Etappe im Prozess der Implosion des Finanzkapitalismus dar. Diese seit etwa 30 Jahren dominante Form einer Marktwirtschaft verlagert das Gewinnstreben von der Realwirtschaft zur Finanzinvestition und -spe-

Foto: Schwanebeck

kulation. Die systematische Schlechterstellung von unternehmerischem Handeln relativ zu „Finanzalchemie“ lässt immer mehr Finanzvermögen entstehen, die keine realwirtschaftliche Deckung haben - von überbewerteten Aktien, Währungen und Rohstoffen bis zu Staatsanleihen. Die Entwertung des „fiktiven Kapitals“ (Karl Marx) im Zuge schwerer Finanzkrisen (1873ff, 1929ff, 2007ff) leitet den Übergang zu einer realkapitalistischen „Spielanordnung“ ein. Diese Talsohle im „langen Zyklus“ dauert viele Jahre (1873 bis ~1890, 1929 bis ~1948, 2007 bis ???).

Rekapitulieren wir kurz den letzten Zyklus. Die finanzkapitalistische Euphorie führte in den 1920er Jahren zu einem Aktienboom, der Börsenkrach 1929 löste eine Rezession aus, welche sich aus drei Gründen zu einer Depression vertiefte. Erstens, weil nicht nur Aktienvermögen, sondern auch Immobilien- und Rohstoffvermögen massiv entwertet wurden. Zweitens, weil die - in finanzkapitalistischen Phasen dominante - Wirtschaftstheorie des „Laissez-faire“ den Politikern empfahl, auf die Verschlechterung der Staatsfinanzen mit einer Sparpolitik zu reagieren. Drittens, weil die Länder nach dem Motto „Rette sich, wer kann“ einen Wirtschaftskrieg gegeneinander führten (insbesondere durch Abwertungen).

Die Folgen der Weltwirtschaftskrise waren so verheerend, dass auch das Lernen aus der Krise gründlich ausfiel. Es äußerte sich in einer neuen Wirtschaftstheorie (Keynesianismus), einer engen Kooperation von Unternehmern und Gewerkschaften („Rheinischer Kapitalismus“) und insbesondere in der Entwicklung einer Sozialen Marktwirtschaft. Diese nahm die Gestalt einer Kombination des Konkurrenzprinzips auf Gütermärkten mit einem stetig ausgebauten Sozialstaat an. Entscheidend für den Erfolg dieses Modells war: Bei festen Wechselkursen, stabilen Rohstoffpreisen, unter der Wachstumsrate liegenden Zinssätzen, konnte sich das Gewinnstreben nur in der Realwirtschaft entfalten. Das Wirtschaftswunder war die Folge.

Im Hinblick auf die Interaktion der Finanzierungssalden bedeutete dies: Die Unternehmen übernahmen die Überschüsse der Haushalte (ihr Sparen) in Form von Investitionskrediten (Defizit) und wandelten sie in Realkapital und Arbeitsplätze. Bei annähernd ausgeglichener Leistungsbilanz hatte der Staat einen ausgeglichenen Haushalt (die Summe aller Salden ist ja Null). Da gleichzeitig der Zinssatz unter der Wachstumsrate lag, ging die Staatsschuldenquote stetig zurück - trotz (und auch wegen) des Ausbaus des Sozialstaats.

Die realkapitalistische Spielanordnung scheiterte an ihrem Erfolg: Dauernde Vollbeschäftigung förderte eine Offensive der Gewerkschaften, insbesondere in Italien, Frankreich, Großbritannien. Umverteilung und Mitbestimmung wurden gefordert, teilweise durchgesetzt durch eine massive Ausweitung von Streiks. Das Jahr 1968 verstörte die Vermögenden zusätzlich, der linke Zeitgeist blies auch die Sozialdemokratie nach oben, so konnte es nicht weiter gehen.

Damit war die Stunde der Renaissance des „Laissez-faire“ gekommen. Die Theorien der neoliberalen „master minds“ Milton Friedman und Friedrich A. von Hayek verlangten die Entmachtung der Gewerkschaften und die Rückführung des Sozialstaats. „Geschichtsmächtig“ wurden diese Forderungen durch die „Hintertür“ der von den neoliberalen Ökonomen verlangten Liberalisierung der Finanzmärkte, insbesondere der Aufgabe fester Wechselkurse und niedriger Zinssätze.

Mit der schrittweisen Realisierung dieser Forderungen wurde die realkapitalistische „Spielanordnung“ aufgegeben und der Finanzkapitalismus etabliert. Gleichzeitig verschlechterte sich die wirtschaftliche Performance: Zwei Dollarabwertungen führten zu zwei „Ölpreisschocks“ (1973 und 1979), welche die ersten beiden „synchrone“ Rezessionen auslösten. Die primär durch die „Ölpreisschocks“ massiv gestiegene Inflation wurde Anfang der 1980er Jahre durch eine Hochzinspolitik bekämpft. Seither liegt der Zinssatz nahezu permanent über der Wachstumsrate.

Die Entwicklung von unzähligen Finanzderivaten erleichterte die Spekulation, welche ihrerseits Wechselkurse, Rohstoffpreise, Aktienkurse und Zinssätze destabilisierte. Die Unternehmen verlagerten ihre Aktivitäten von Real- zu Finanzinvestitionen, das Wirtschaftswachstum sank, Arbeitslosigkeit und Staatsverschuldung stiegen. Die Sparpolitik seit Anfang der 1990er Jahre (Maastricht) dämpfte die Wachstumsdynamik zusätzlich, gleichzeitig boomten die Börsen immer mehr.

In saltdynamischer Hinsicht führten die finanzkapitalistischen Rahmenbedingungen zu folgender Entwicklung: Der Unternehmenssektor verringerte seine Defizite immer mehr, in den 2000er Jahren drehte er seinen Finanzierungssaldo in den wichtigsten Industrieländern, insbesondere auch in Deutschland, sogar in einem Überschuss. Die Haushalte erzielten weiterhin Überschüsse. Unter diesen Bedingungen kann ein einzelner Staat nur dann sein Defizit reduzieren, wenn das entsprechende Land steigende Überschüsse in der Leistungsbilanz erwirtschaftet. Kein Land war dabei so erfolgreich wie Deutschland. Dadurch wird allerdings das Problem in die Defizitländer „exportiert“.

Die (selbst)zerstörerischen Kräfte des Finanzkapitalismus entluden sich in einem „Vorbeben“, dem Aktiencrash 2000/2003. Seine systemische Ursache, die destabilisierende Spekulation auf den „freieten“ Märkten, konnten mit „neoliberaler Brille“ nicht wahrgenommen werden.

Danach setzt die finale Blüte des Finanzkapitalismus ein: Gleichzeitig boomen Aktien, Immobilien und Rohstoffe und bauen so ein dreifaches Absturzpotential auf. Dieses wird 2007 zunächst für Immobilien aktiviert, danach für Aktien und die Rohstoffpreise: Ab Sommer 2008 werden die drei wichtigsten Vermögensarten gleichzeitig entwertet (erstmalig seit 1929). Die Unternehmen und Haushalte schränken ihre Nachfrage ein, das Staatsdefizit steigt. Zusätzlich werden öffentliche Finanzmittel zur Bankenrettung und Konjunkturstabilisierung aufgewendet.

Am stärksten steigen die Staatsschulden in jenen Ländern, wo eine Immobilienblase platzte (Irland, Großbritannien, Spanien) oder wo die Budgetdefizite schon vor der Krise hoch waren (Griechenland, Portugal). Dies nützen die professionellen „Investoren“ (zumal die Finanzalchemie de-reguliert blieb): Spekulation mit „credit default swaps“ (CDS) erhöht die Anleihezinsen dramatisch, in Griechenland auf 17%, danach in Irland und Portugal auf 12%.

Die Zinsepidemie erzwang den Euro-Rettungsschirm. Dessen Hilfe wird an strenges Sparen geknüpft, die Wirtschaft der betroffenen Länder schrumpft oder stagniert und zwar umso mehr, je mehr gespart wird. Folge: Die Anleihezinsen stiegen weiter, die Epidemie erfasst auch Spanien und Italien. Gleichzeitig wird die Finanz(kapitalismus)krise in eine Staatsschuldenkrise umgedeutet.

Deutschland profitiert von der Spekulation gegen schwache Euro-Staaten, es entwickelt sich eine „Zinsschaukel“: Je höher die Zinsbelastung der „schlechten“ Staaten, desto geringer jene der „braven“ Staaten. Die Spaltung innerhalb der EU vertieft sich, Deutschland verweigert gemeinschaftliche Lösungen wie Eurobonds, dadurch entfele ja die disziplinierende Wirkung des „Richters Markt“ (allerdings hatte dieser 11 Jahre lang Griechenland mit Niedrigzinsen zu fiskalischen Vergehen verführt, um darauf mit Wucherzinsen die Todesstrafe zu verhängen). Überdies ist die Marktreligiosität in keinem EU-Land so tief verankert wie in Deutschland.

Statt den Aktionsspielraum der Finanzkrobaten einzuschränken, hielten sich die Eliten an die neoliberale Navigationskarte: Um sich das Wohlwollen „der Märkte“ und damit niedrige Zinsen zu verdienen, beschlossen 26 StaatenlenkerInnen der EU auf deutsche Initiative im Dezember 2011: Der Vorsatz, keine (nennenswerten) Schulden mehr zu machen, kommt als „Schuldenbremse“ in die nationalen Verfassungen.

Die gleichzeitige Sparpolitik in allen EU-Ländern wird die kommende Rezession vertiefen und wahrscheinlich in eine mehrjährige Depression münden, allerdings milder als in den 1930er Jahren. Auch agiert Deutschland diesmal nur als ökonomischer Zuchtmeister und wird dafür „vom Markt“ mit Zinsrabatten belohnt. In den anderen Ländern verschlechtert sich hingegen die Lage immer mehr. Jede Million zusätzlicher Arbeitsloser belebt Erinnerungen an die Besuche der Deutschen und Österreicher vor 70 Jahren in Griechenland, Italien und Frankreich. Dies werden die volksdummlichen Medien in Deutschland als undankbare Unverschämtheit der (dunkelhäutigen) Südländer brandmarken ...

Kurz: Wir stehen wieder am Anfang der Talsohle des „langen Zyklus“. Die Bekämpfung einer letztlich durch die neoliberale Ideologie verursachten Systemkrise mit Mitteln einer neoliberalen Ordnungspolitik wird viel zerstören in Europa, wie immer in der Talsohle. Die PolitikerInnen könnten noch das Schlimmste verhindern, wenn sie den Mut hätten, die neoliberale Karte zu verwerfen, also selber zu denken. Was wäre kurzfristig zu tun?

Erstens: Umwandlung des Rettungsfonds (EFSF) zum „Europäischen Währungsfonds“ (EWF). Dieser stellt den Euroländern Finanzmittel durch Ausgabe von Eurobonds zur Verfügung, und zwar zu festen Zinssätzen unter der Wachstumsrate, derzeit etwa 2%. Der EWF hat die unbeschränkte Garantie aller Eurostaaten und die Rückendeckung der EZB (sie kauft wenn nötig Eurobonds, wie es die US-Notenbank macht). Daher kann der Garantiefall nie schlagend werden. Gleichzeitig muss auch Deutschland keine höheren Zinsen zahlen.

Die Kreditvergabe an die einzelnen Euroländer wird an strikte Bedingungen geknüpft („Konditionalität“). Die Gefahr einer neuerlichen Schuldenpolitik besteht daher nicht. Weltweit gäbe es dann nur noch zwei Arten von Staatsanleihen mit großem Volumen, US-Bonds und Eurobonds. Da das realwirtschaftliche Fundament im Euroraum viel besser ist als in den USA, wird es an Nachfrage nach Eurobonds nicht mangeln.

Zweitens: Abschluss einer Vereinbarung zwischen den wichtigsten Notenbanken, die Wechselkurse innerhalb enger Bandbreiten zu stabilisieren (es müssten ja nur die Relationen zwischen den vier wichtigsten Währungen stabilisiert werden). Dies hat in Europa

zwischen 1986 und 1992 gut funktioniert, erst als die Bundesbank „ausstieg“, brach das System stabiler Kurse zusammen. Denn der Devisenmarkt ist dezentral organisiert, gegen deklarierte Wechselkursziele der Notenbanken kann ein einzelner Händler nicht an.

Drittens: Abschluss langfristiger Preis- und Lieferabkommen zwischen der EU und den Ölproduzenten. Begründung: Laut (neoklassischer) Wirtschaftstheorie sollte sich eine erschöpfbare Ressource, die gleichzeitig Hauptursache des Klimawandels ist, stetig stärker verteuern als das gesamte Preisniveau. Die grotesken Schwankungen des Ölpreises (getrieben von Spekulation, nicht von Angebot und Nachfrage) zeigen: Die Marktkräfte schaffen keine effiziente Preisbildung. Der Ertrag notwendiger Investitionen in die Energieeffizienz wird so unkalkulierbar.

Viertens: Eindämmung der „schnellen“ Spekulation durch Einführung einer Finanztransaktionssteuer. Durch die so erzielten Mittel könnte sich der Staat viele krisenverschärfende Sparmaßnahmen ersparen.

Diese kurzfristigen Maßnahmen wären die ersten Schritte auf dem Weg von einer finanzkapitalistischen zu einer realkapitalistischen Spielanordnung. Dazu bedarf es einer neuen Navigationskarte und eines darauf aufbauenden Programms. Ich habe ein solches Konzept schon vor zwei Jahren in einem Buch beschrieben. Die Hauptdiagnose war: Mit der Krise kollabiert das finanzkapitalistische System. Aus dieser Diagnose leitete ich den Buchtitel ab: „Mitten in der großen Krise – ein ‚New Deal‘ für Europa“.

Ein solcher „New Deal“ müsste unternehmerische Aktivitäten auf allen Ebenen besser stellen als Finanzkrobatik. Die Bewältigung der bisher vernachlässigten Aufgaben muss zum Wachstumsmotor gemacht werden. Dazu gehören eine Verbesserung der Umwelt, insbesondere die Bekämpfung des Klimawandels, Investitionen ins Bildungssystem, insbesondere zur besseren Qualifikation von Kindern mit Migrationshintergrund, Ausbau der sozialen Sicherungssysteme, insbesondere zur Bekämpfung der Armut, und vieles mehr.

An neuen Aufgaben und Arbeitsmöglichkeiten fehlt es nicht. Woran es fehlt, ist der Mut, mit dem schlechten Alten zu brechen und Neues zu entwickeln. Navigationsfehler einzugestehen, mag schmerzhaft sein für die StaatenlenkerInnen, die auf dem alten Kurs beharren, aber noch schmerzhafter, besonders für die Vielen. ☞

Expertenforum im Rahmen der World Interfaith Harmony Week

RADIKALKRITIK AM ISLAM



Sie sprachen ein gemeinsames interreligiöses Morgengebet in der Schlosskapelle:
Imam Benjamin Idriz (li.) und Akademiedirektor Udo Hahn.

Dass die „Liebe“ als Prinzip des menschlichen Zusammenlebens keineswegs selbstverständlich ist, lehrt ein Blick auf die Krisenherde dieser Welt. Aus diesem Grund hatte die UN-Vollversammlung im Oktober 2010 die Einführung einer World Interfaith Harmony Week (WIHW) beschlossen. Danach sollen in der ersten Februarwoche eines jeden Jahres weltweit Veranstaltungen durchgeführt werden, die sich dem interreligiösen Dialog und der interkulturellen Verständigung widmen.

Vor diesem Hintergrund führte Akademiedirektor Udo Hahn in Zusammenarbeit mit der Eugen-Biser-Stiftung ein Expertenforum durch, das sich mit der Radikalkritik am Islam befasste und nach den Ursachen und Auswirkungen auf die interkulturelle und interreligiöse Verständigung sowie den gesellschaftlichen Zusammenhalt fragte. Die bekannte Autorin und ehemalige Islambeauftragte der SPD-Bundestagsfraktion, Lale Akgün, verfasste den nachfolgenden Bericht:

Lale Akgün

Radikale Kritik am Islam als Chiffre für Fremdenfeindlichkeit – was muss Politik tun?

Keine Frage: das Thema Islam spaltet in Deutschland die Gesellschaft. Alle Umfragen bestätigen, was den meisten von uns bekannt ist: Auf der einen Seite haben wir über vier Millionen Muslime in Deutschland, auf der anderen Seite löst allein das Wort „Islam“ bei den meisten Skepsis aus. 80 % der Menschen in Deutschland sind skeptisch, wenn es um den Islam an sich geht, und fast 90 %, wenn es um die Genderfrage geht. Und diese Skepsis reicht bis tief in die Mitte der Gesellschaft.

Der Islam wird als eine nicht zeitgemäße Religion wahrgenommen, als eine Art Steinzeitreligion. Die bekanntesten Stichworte sind Ehrenmord und Zwangsheirat, Dschihad gegen Andersgläubige.

ge und Abkehr von der Moderne und dem wirklichen Leben. Wahrlich, kein guter Ausgangspunkt, um den Islam in Deutschland gleichberechtigt neben den anderen Weltreligionen wie Christentum oder Judentum zu etablieren. Politik hat - unter vielem anderen - auch die Aufgabe, die Gesellschaft zusammenzuführen. Das geht aber nicht mit Sonntagsreden, bei denen viel die Rede ist von Toleranz, Respekt und Augenhöhe. Diese Schlagworte müssen mit Leben gefüllt werden. Die Politik muss die Ursachen der wachsenden Islamskepsis erkennen und sie mit probaten Mitteln bekämpfen.

Im Folgenden möchte ich fünf Forderungen aufzählen, die Politik erfüllen muss, damit die Gesellschaft zusammenwächst und die Muslime und der Islam als Teil der Gesellschaft wahrgenommen werden.



„Wir müssen mehr denn je darauf achten, dass kein Keil zwischen Muslime und Nicht-Muslime getrieben wird. Denn die Extremisten hoffen auf Muslime, die sich enttäuscht vom Westen abwenden und den Wahnsinn der Extremisten gutheißen“, bekundete Aiman Mazyek, Vorsitzender des Zentralrates der Muslime in Deutschland.

1. Die Pluralität anerkennen und auch die liberalen Muslime sehen

Im Gegensatz zur Alltagswahrnehmung der Menschen sind nicht alle Muslime gleich - die Bandbreite innerhalb der muslimischen Gemeinschaft ist genauso groß wie bei Katholiken oder Protestanten.

Ich bin eine Muslimin, eine die sich als Anhängerin eines reformierten Islam bezeichnet; anders als die orthodoxen Muslime vertritt ich die Meinung, dass die Religion für den Menschen da sein muss und nicht der Mensch für die Religion. So wie ich denken sehr viele Muslime, aber das Bild in der Öffentlichkeit wird von den orthodoxen Muslimen bestimmt. Sie sitzen in der DIK (Deutsche Islamkonferenz), sie sitzen in den Talkshows, sie bestimmen den Diskurs und sie bestimmen, wie der Islam in Deutschland aussehen soll. Zum Beispiel mit Kopftuch. Heute glaubt ja fast jeder in Deutschland, dass das Kopftuch eine Vorschrift des Islam ist. Ich möchte als reformierte Muslimin feststellen, dass das nicht stimmt. Das Kopftuch ist keine Vorschrift des Islam, das Kopftuch ist eine Vorschrift des Patriarchats, das für diese Regelung den Islam instrumentalisiert.

Auch in der Hochschulpolitik entwickeln sich die Dinge einseitig zugunsten der orthodoxen Richtung. Es ist gut, dass in Osnabrück und Tübingen Lehrstühle für islamische Theologie eingerichtet werden, aber wo bleiben die kritischen Geister unter den Lehrbeauftragten? Die Universitäten werden vollgestopft mit konservati-

ven Hochschullehrern, die wiederum diejenigen Lehrer und Imame produzieren, die das konservative und versteinerte Verständnis vom Islam aufrecht erhalten werden.

Die Politik muss die liberalen Muslime sehen und anerkennen. Erst die Vielfalt unter den Muslimen wird dazu beitragen, dass die Vorbehalte gegen den Islam abnehmen.

2. Das republikanische Denken fördern - die Differenzgesellschaft der Bürgergesellschaft unterordnen

Unsere Gesellschaft fühlt sich der Differenzakzeptanz verpflichtet. Respekt vor den Unterschieden ist ein wichtiger Grundsatz der Demokratie, aber das darf nicht dazu führen, dass wir einen anderen, ebenso wichtigen Aspekt in einem Rechtsstaat vernachlässigen: Wir sind auch eine Bürgergesellschaft, in der alle Bürgerinnen und Bürger die gleichen Rechte und Pflichten haben. Die Reduktion eines Teiles der Bürgerschaft auf ihre Herkunft oder Religion - wie das gerade bei den Muslimen zu beobachten ist - schließt sie gewollt oder ungewollt aus der Gemeinschaft aus oder drängt sie im besten Fall in die Ecke. Die Definition als „Minderheit“ macht die Gruppe per se zu Schutzbedürftigen, das ist keinesfalls die Augenhöhe, von der immer gesprochen wird.

Die Betonung der Traditionen und Kulturen impliziert zudem eine konservative Exklusionstheorie, die suggeriert, die hiesige Gesellschaft werde durch eine über Jahrhunderte gewachsene Tradition, eine gemeinsame christlich-abendländische Kultur zusammengehalten. Diese Exklusionstheorie sollte sich unsere Gesellschaft nicht mehr leisten. Denn Menschen muslimischen Glaubens können in einer solchen ethnisch-kulturell homogenen Gemeinschaft keinen Platz finden. Außerdem sollte die soziale und gesellschaftliche Pluralität der Muslime nicht übersehen werden. Niemand darf auf seine Religionszugehörigkeit reduziert werden. Das führt zu Ausgrenzung und öffnet das Tor für Radikalisierung.

Eine Politik, die Vorurteile gegen den Islam abbauen will, darf nicht bei einem Teil seiner Bürger permanent die religiöse, islamische Identität in den Vordergrund schieben. Sie muss zuerst den Bürger, den Citoyen anerkennen.

3. Vereinbarkeit von Islam und Demokratie

Wer pauschal die Unvereinbarkeit von Islam und Demokratie unterstellt, übersieht eine einfache Tatsache: Den Islam als solchen gibt es nicht. Niemand bestreitet, dass es die oberste Pflicht einer wehrhaften Demokratie ist, Fundamentalismus und Extremismus zu bekämpfen. Darum geht es auch nicht. Es geht um die Frage der Vereinbarkeit von Islam und Demokratie, und diese Frage ist ganz einfach zu beantworten: Der Islam muss sich - wie jede andere Religion auch - an die Werte und Normen des Grundgesetzes halten.

Richtschnur für das Handeln des einzelnen Bürgers ist der demokratische Rechtsstaat. Alle müssen sich an die gleichen Gesetze halten. Es gibt keine Extras - aber auch keine Rabatte. So wie wir den christlichen Religionen zugestehen, dass sie ihren Platz in der Demokratie gefunden haben, so sollten wir dies grundsätzlich auch

bei dem Islam für möglich halten. Alles andere führt dazu, dass sich muslimische Einwanderer immer weiter ausgegrenzt fühlen. Der Rechtsstaat zeichnet sich dadurch aus, dass das Rechtssystem alle Bürger/innen gleich behandelt. Auch hier spielt die Politik als Gesetzgeberin eine wichtige Rolle, es gibt für keine Gruppe Extrawürste.

Es darf keine Sondergerichte für einzelne Glaubensgemeinschaften geben und keine Gerichtsurteile, die auf sogenannte „Mentalität anderer Kulturen“ Rücksicht nehmen. Islamische Paralleljustiz, die in Form von Friedensrichtern oder Streitvermittlern daher kommt, ist schärfstens abzulehnen. Sie schafft eine Ungleichheit, die die demokratischen Grundregeln verletzt.

Politik muss den Grundsatz, dass die Gesetze des säkularen Rechtsstaates für alle Bürger und alle Gruppen bindend sind, sehr massiv vertreten. Jede Übertretung dieses Grundsatzes wird als Ungerechtigkeit empfunden werden und zu Vorurteilen gegenüber den anderen Gruppen führen.

4. Gesellschaftlichen Konsens herstellen

Vieles, was wir heute für gesellschaftlich selbstverständlich halten, wie die Menschenrechte oder unsere Grundwerte, ist gesellschaftlicher Konsens. Auch im Bereich des Islam muss ein gesellschaftlicher Konsens erreicht werden. Politik kann die Muslime nicht ignorieren, aber sie kann auch nicht die 80% Menschen ignorieren, die dem Islam skeptisch gegenüber stehen.

Gerade im Bereich des Islam differieren öffentliche und veröffentlichte Meinung. Während die öffentliche Meinung den Islam nicht im gesellschaftlichen Konsens sieht, wird der überwiegende Teil der veröffentlichten Meinung nicht müde, zu betonen, dass der Islam zu unserer Gesellschaft dazu gehört. Der Druck der politischen Correctness gibt aber der politischen Incorrectness Raum und Kraft.

Ein gutes Beispiel dafür ist das Buch von Thilo Sarrazin „Deutschland schafft sich ab“. Sarrazin „erklärt“ in diesem Buch die Muslime für genetisch „anders“ und auch gleichzeitig für ein bisschen dümmer. Mit diesen rassistischen Thesen wurde dieses Buch zum Bestseller, weil landauf, landab die Meinung vertreten wurde, dass „endlich mal einer den Mund aufmachen würde.“

Gesellschaftlicher Konsens kann aber nur hergestellt werden, wenn auch konstruktive Kritik erlaubt ist, wenn über den Islam gestritten werden darf. Dazu gehören auch die innerislamischen Debatten. Ich muss als reformierte Muslimin meine Meinung äußern dürfen, ohne dass sich die orthodoxen auf mich stürzen. Solange die islamischen Verbände sich und ihre Interpretation des Islam für sakrosankt erklären und sich jede Kritik verbieten und damit auch Unterstützung in der Politik bekommen, spielen sie Leuten wie Sarrazin in die Hände. Dort, wo nicht konstruktive Kritik geäußert werden darf, bahnt sich destruktive Kritik unhaltbar den Weg.

Erst dann, wenn liberale Auslegungen des Islam neben den orthodoxen stehen dürfen, wenn der Islam seine verschiedenen Gesichter öffentlich zeigen darf, erst dann wird der gesellschaftliche Konsens, dass der Islam wie die anderen Religionen zu Deutschland gehört konsensuell sein.

Fotos: Schwanebeck

Politik muss zwischen konstruktiver und destruktiver Islamkritik unterscheiden. Wenn konstruktive Islamkritik selbstverständlicher Teil der gesellschaftlichen Debattenkultur wird, dann wird der Islam als Teil dieser Gesellschaft begriffen werden.

5. Politik darf sich nicht instrumentalisieren lassen

Politiker sehen Religion als Teil der Mitmachgesellschaft. Inzwischen ist es Usus: keine Moschee einweihen ohne Lokalpolitiker. Und zum Ramadan übersteigt die Zahl der Besuche bei den Fastenbrechen die Zahl der Fastentage, weil so mancher Lokalpolitiker an einem Abend gleich an zwei Fastenbrechen teilnimmt. Gut gemeint, aber auch gut gemacht? Sicher, kein Politiker möchte sich als Islamskeptiker beschimpfen lassen, aber allein die Teilnahme an muslimischen Ritualen reicht nicht, jeder Politiker muss sich auch mit den Inhalten beschäftigen. Wer zum Fastenbrechen zu einem Moscheevereiner geht, sollte genau wissen, wem er da gerade die Hand schüttelt. Er sollte sicher sein, dass diejenigen, die ihn ob seines Besuches mit Komplimenten überschütten, nicht seinen Besuch dazu benutzen, sich salonfähig zu machen, obwohl sie es wahrhaftig nicht sein sollten. Die Sensibilität, die die meisten Politiker bei Kontakten mit fundamentalistischen Christen an den Tag legen, sollten auch bei muslimischen Kontakten gelten.



„Wir müssen die Mehrheitsgesellschaft dafür gewinnen, sich von den radikalen Islamfeinden abzugrenzen“, forderte Lale Akgün, die ehemalige Islambeauftragte der SPD-Bundestagsfraktion.

Politiker und Politikerinnen müssen sich erst gut informieren, bevor sie mit netten Worten ihre Weltoffenheit beweisen wollen.

Fazit

Keine Frage: Die Muslime sind weder Bedrohung noch Bereicherung für unsere Gesellschaft, weil sie Muslime sind. Sie sind Teil dieser Gesellschaft. Und genauso müssen sie wahrgenommen werden, in ihrer Vielfalt und als Bürger. Politik muss sich das Ziel setzen, dass der Islam zur Normalität wird. Dieses Ziel kann aber nur erreicht werden, wenn sich die modernen Muslime Gehör und Platz verschaffen. Denn die Akzeptanz des Islam hängt im Wesentlichen damit zusammen, dass er die demokratischen Werte stärkt und gegen Angriffe verteidigt. Erst wenn das Thema Islam kein Aufreger mehr ist und niemand mehr von „einer muslimischen Lebensweise oder Mentalität“ spricht, werden die Muslime in der Gesellschaft angekommen sein. ✪

DER RING DES NIBELUNGEN

Seine Musik war Revolution, diesseits von Religion und Politik. Was bedeutet uns Richard Wagner heute, out of paradise, in einer riskanten Moderne, wo der „tolle Mensch“ fiebrig nach Sinn, einer globalen Metaerzählung sucht? Kann Musik das Zersplitternde, kann sie kollidierende Kulturen zusammen fügen?



Richard Wagner: Götterdämmerung
(Illustration von Sebastian Hammwöhner und Gabriel Vormstein).

Die unberührte Magie der Es-Dur-Klänge in den ersten Takten von Richard Wagners Rheingold währt nicht lange. Stattdessen entsteht eine Welt, die fünfzehn Musikstunden später ihren eigenen Untergang nicht aufhalten kann. In dieser Welt verstößt man gegen die Natur und will sich nicht an Gesetze halten. Gier, Macht, Fluch herrschen vor. Der Kampf um die Macht kommt unter die Menschen, die die Katastrophe überdauern und vielleicht einmal vom Ende her alles verstehen.

Studienleiter *Jochen Wagner* und *Rainer Karlitschek*, Dramaturg an der Bayerischen Staatsoper in München, gingen der Frage nach, wie man sich dem Ring des Nibelungen annähern kann. *Marion Tiedtke*, Professorin für Schauspiel an der Hochschule für Musik und Darstellende Kunst in Frankfurt am Main, verfasste den nachfolgenden Beitrag:

Marion Tiedtke

Der Ring – wer handelt was?

Als Schauspiel dramaturgin habe ich 1997 *Andreas Kriegenburg* am Bayerischen Staatsschauspiel kennengelernt und dort seine Produktionen *Bernarda Albas Haus*, *Blaubart*, *Leonce und Lena* und *Penthesilea* begleitet. Am Wiener Burgtheater und an den Münchner Kammerspielen konnte ich meine Zusammenarbeit mit diesem Regisseur fortsetzen und jetzt dramaturgisch an der Vorbereitung des *Rings* mitarbeiten. So möchte ich Ihnen mit diesem Vortrag den Regisseur *Andreas Kriegenburg* vorstellen und die Grundzüge seiner *Ring*-Konzeption.

Andreas Kriegenburg ist in der deutschen Theaterlandschaft seit 1992 bekannt. Auslöser war sein *Woyzeck* von Georg Büchner an der Volksbühne Berlin unter der Intendanz von Frank Castorf: eine Produktion, die zum Berliner Theatertreffen eingeladen wurde. Heute hat *Kriegenburg* fast alle Preise erhalten, die es gemeinhin im Schauspiel so gibt: mehrfache Einladungen zum Berliner Theatertreffen, den Nestoy-Preis für seine *Nibelungen*-Inszenierung an den Münchner Kammerspielen, den Faustpreis in den Disziplinen Regie und Bühne. Seit kurzer Zeit hat er sich der Oper zugewandt. 2006 inszenierte er zum ersten Mal in Magdeburg *Orfeo ed Euridice* - eine Produktion, die gleich für den Faust-Preis nominiert wurde.

Das choreographische Bildertheater

Was macht diesen Regisseur so außergewöhnlich? *Kriegenburg* ist Autodidakt. Er hat in seiner Heimatstadt Magdeburg zunächst eine Lehre als Tischler gemacht, wurde dann Regie-Assistent am Stadttheater Zittau und drei Jahre später Assistent und Regisseur in Frankfurt an der Oder. In dieser Zeit lernte er Frank Castorf kennen. Die Einladung zum Berliner Theatertreffen machte ihn über Nacht für den Westen interessant. Den im Westen vorrangig vom psychologischen Realismus geprägten Aufführungen setzte *Kriegenburg* sein choreographisches Bildertheater entgegen, das er mehr und mehr in seiner Perfektion entwickelte. Wer die Aufführungen *DREI SCHWESTERN* oder *DER PROZESS* an den Münchner Kammerspielen erleben konnte, sieht wie zum Beispiel ein Tschechowartiger Realismus in eine surreale Bilderwelt überführt wird. Genau dies, mit Hilfe des Theaters Welt nicht abzubilden, sondern einen autonomen ästhetischen Spielraum zu erzeugen, kennzeichnet sein Theater mehr und mehr.

Der Ring des Nibelungen

Als *Andreas Kriegenburg* von Klaus Bachler das Angebot erhielt, den *Ring* an der Bayerischen Staatsoper zu inszenieren, fuhr er wenige Wochen später zu einem Gastspiel seiner *Woyzeck*-Oper nach Tokio. Mehr als zwei

Foto (li.): Bayerische Staatsoper / Foto (re.): Wilfried Hölzl



Andreas Kriegenburg stammt aus Magdeburg und gilt als einer der führenden deutschsprachigen Theaterregisseure. An der Bayerischen Staatsoper inszeniert er Wagners Ring des Nibelungen.

Monate später wurde die ursprüngliche Filmmusik und die wieder gefundenen Filmrollen von Fritz Langs Werk *Metropolis* an mehreren Konzerthäusern aufgeführt. Beide Erfahrungen flossen unmittelbar in unsere ersten Gespräche ein: Es waren die arbeitenden Menschenmassen, die *Kriegenburg* hier wie dort beeindruckten, eine Art *Nibelungen*, wenn man an *Rheingold* denkt und damit an *Alberichs Arbeitsherr* oder an die Krieger, die die Walküren für *Wotan* einsammeln, oder die unbenannten Massen, ohne die das Herrschaftssystem in der *Götterdämmerung* nicht denkbar wäre.

Die Masse Mensch

Nach vielen Diskussionen wurde uns mehr und mehr deutlich, dass die namenlosen Menschen, die bei *Wagner* am Ende übrig bleiben, um dem Untergang der Götter beizuwohnen, dass genau diese namenlosen Menschen die Träger unserer ästhetischen Setzung sein sollten. Wir wollten einen Zugriff ermöglichen, der die mythologischen Zitate nicht bloß in eine neuzeitliche oder überzeitliche Darstellung überführt, sondern die Darstellung selbst noch zum Thema macht. Das geht nur, wenn wir davon ausgehen, dass die *Herstellung* der Darstellung selber ein Teil des künstlerischen Vorgangs ist. Mit anderen Worten: Wir haben uns dafür entschieden, kein Video einzusetzen, stattdessen 120 Menschen, also Statisten, die die Symbole des *Rings* als choreographische Bilder zur Geltung bringen. Der Rhein ist weder eine Videoprojektion, keine blaue Wand noch ein Wasserbecken, sondern den Rhein bilden hundert Menschen, die aus einer inszenierten Anfangssituation heraus sich blau anmalen und den Rhein im wahrsten Sinne des Wortes verkörpern. Diese *Masse Mensch* bildet alles ab: die geknechteten *Nibelungen*, die *Riesen Fafner* und *Fasolt*, den *Drachen*, die *Dienerchaft* bei *Wotan* und *Gunter*, sie zeigen den *Walkürenritt* und verkörpern zusammen auch *Siegfrieds Blumenwiese*: je nachdem, welches Zeichen gerade benötigt wird. Aufgrund dieser ästhetischen Setzung fallen *Illusion* und *Desillusion* in eins. *Kriegenburg* gewinnt mit ihr die Freiheit, seine choreographischen Bilder zu bauen und über die Welt der Körper eine andere, ungewohnte Entschlüsselung der *Wagnerischen Symbolik* zu erzielen.

Immer wieder ergeben sich durch die *Masse Mensch* überraschende Doppeldeutigkeiten und Bilder, so etwa auch in der Welt *Siegfrieds*, wenn die Statisten seine Spielsituationen markieren: die *Werk- und Wohnstatt* bei *Mime* oder die *Wiese*, den *Drachen*, die *Felsen*. Es entsteht eine *Schnittmusterbogenwelt*, in der die Menschen wie in einem kindlichen Spiel für das große Kind *Siegfried* die Welt andeuten und mit ihren Körpern bebildern. Dieses Spiel im Spiel soll die Aufführung zu einem kollektiven Erzählvorgang machen - fast wie ein *Passionsspiel*.

Ein Gesamtkunstwerk und das Volk der Zukunft

Mit dem Gedanken eines kollektiven Erzählvorgangs des *Rings* knüpfen wir an *Wagners* Idee vom kollektiven Ereignis der Kunst an, die er nach der Niederschlagung der Revolution 1849/50 in seinem Essay *Das Kunstwerk der Zukunft* entwarf. Das Projekt eines Gesamtkunstwerkes ist für *Wagner* ein soziales, ja ein politisches Ereignis. Zitat von *Wagner*: „Das große Gesamtkunstwerk, das alle Gattungen der Kunst zu umfassen hat, um jede einzelne dieser Gattungen als Mittel gewissermaßen zu verbrauchen, zu vernichten zu Gunsten der Erreichung des Gesamtzwecks aller, nämlich der unbedingten, unmittelbaren Darstellung der vollendeten menschlichen Natur – dieses große Gesamtkunstwerk erkennt der Künstler nicht als die willkürliche, mögliche Tat des Einzelnen, sondern als das notwendig denkbare gemeinsame Werk der Menschen der Zukunft.“

Sein eigenes Volk sah *Wagner* zwischen *Elite* und *Pöbel* gespalten, aber durch die Realisierung des Gesamtkunstwerks sollte *das Volk der Zukunft* entstehen. Insbesondere durch die Aufführung des *Rings* wollte *Wagner* eine solche Bildung des Volkes durch Kunst erzielen und damit die Bedeutung der politischen Revolution künstlerisch vermitteln. So schrieb er 1851 noch an seinen Freund *Uhlig*: „An eine Aufführung (des *Rings*) kann ich erst nach der Revolution denken - erst die Revolution kann mir die Künstler und die Zuhörer zuführen. Die nächste Revolution muss notwendig unserer ganzen Theaterwirtschaft das Ende bringen: sie müssen und werden alle zusammenbrechen, das ist unausweichlich. Aus den Trümmern rufe ich mir dann zusammen, was ich brauche: ich werde, was ich bedarf, dann finden. Am Rheine schlage ich dann ein Theater auf und lade zu einem großen dramatischen Feste ein; nach einem Jahre Vorbereitung führe ich dann im Laufe von vier Tagen mein ganzes Werk auf: mit ihm gebe ich den Menschen der Revolution dann die *Bedeutung* dieser Revolution, nach ihrem *edelsten Sinne* zu erkennen. Dieses Publikum wird mich verstehen: das jetzige kann es nicht. So ausschweifend dieser Plan ist, so ist er doch der einzige, an den ich noch mein Leben, Dichten und Trachten setze. Erlebe ich seine Ausführung, so habe ich herrlich gelebt; wenn nicht, so starb ich für was Schönes. Nur das aber kann mich noch erfreuen.“

Die Permanenz der Katastrophe – Betrug, Neid, Gier, Verrat

Weit entfernt von solchen idealistischen Vorstellungen über die Kunst und den möglichen Fortschritt der Geschichte teilt *Kriegenburg* mit *Wagner* doch den Gedanken des utopischen Moments im Spiel. Und in diesem Spiel geht es immer um den Menschen mit seiner Sehnsucht und Verletzbarkeit. *Kriegenburg* ist nicht an einer provokanten, ironischen bis zynischen Brechung seiner Figuren interessiert. Er sucht in erster Linie einen ästhetischen Zugriff, der den Schmerz und die Konflikte der

Figuren überraschend erlebbar macht. Daher wird es in der Aufführung des *Rings* zugleich um die Freilegung der großen Themen des *Rings* gehen. Dafür knüpft *Kriegsbürg* an seine Beschäftigung mit Hebbels *Nibelungen* an. Dort schon war Siegfried nicht nur der *Wonenizer*, Alles-Köner und archetypische Held à la James Bond, sondern beschenkt mit einer Unbekümmertheit und Offenheit, die alle anderen Figuren faszinierte. Er ist der Unpolitische und Geschichtslose, der seine Identität nicht kennt, der von den der Gesellschaft innewohnenden Kräften der Täuschung und des Neides nichts weiß. Auch bei Hebbel sind es die vielen Verträge zwischen Politik, Freundschaft, Ehe und Liebe und die daraus resultierenden Loyalitätskonflikte, die letztlich den Untergang herbeiführen, und es sind hier wie dort die Frauen, die - zunächst als Opfer des männlichen Systems - zu den eigentlichen Tätern werden und den notwendigen Untergang vollziehen. Bei Hebbel als gnadenlose Rache aus Liebe, bei Wagner als selbstlose Erlösung - als letzten Akt der Liebe.

Wagner ist anmaßender in seinem Entwurf, greift nicht nur auf das Nibelungenlied zurück, vielmehr zugleich auf die Nordischen Sagen (*Wölsungssaga*), mit denen er sich ausführlich beschäftigt hat. Sein Vorbild war die antike Mythologie, allem voran nicht nur Homer sondern die *Orestie* von Aischylos. Wie der antike Mythos ein unbegreifliches Weltgeschehen, nämlich den Trojanischen Krieg, zu begreifen sucht, die Gewalt und Grausamkeit der Ereignisse verarbeiten will, so konstruiert Wagner aus seiner Gegenwart verschiedene alte Sagen zu einem Mythos, um die Permanenz der Katastrophe zu beschreiben, die er im Weltverlauf bis hin zu seiner Gegenwart zu erkennen glaubt. Indem Wagner Betrug, Neid, Gier, Verrat im Mythos als immer wiederkehrende Schuld aufdeckt und die endlose Blutspur in der Geschichte als Folge begreift, ist sein Anliegen wohl am besten mit einem seiner strengsten Kritiker, nämlich Adorno, zu verstehen: Die „erinnernde Vorstellung des Verderbens markiert dessen Grenze.“ Das Kunstwerk erzeugt die Erinnerung an den Schrecken, um die Gewalt zu bannen.

Neben den großen choreographischen Bildern wird es in *Kriegsbürgs Ring*-Inszenierung darum gehen, diese aus Neid, Betrug und Verrat hervorgehenden Verletzungen aufzuspüren, die alle intimen Beziehungen prägen. Wotans Herrschaft nimmt seinen Anfang unter dem Deckmantel der Verträge, die die Welt eigentlich als Krieg „aller gegen alle“ befrieden sollten. Doch von Anfang an sind diese Verträge nur Verdeckungsstrategien der eigentlichen Übervorteilung: Jedem Vertrag wohnt ein Verrat inne.

Das Gegenmodell: Die Liebe

Kein Wunder, dass Wagner als Gegenmodell die Liebe beschwört und obendrein die Liebe mit dem Inzest verbindet. Das Motiv des Inzests ist nicht bloß Provokation durch ein gesellschaftlich fixiertes TABU, sondern Gegenentwurf einer ursprünglichen, naturbestimmten Verbindung, die eben nicht aus der Welt der Verträge hervorgeht. Sieglinde und Siegmund sind ein Zwillingpaar, Brünnhilde ist eigentlich die Tante von Siegfried - alle, die der Liebe fähig sind, sind einander verwandt. Und diese Liebe wird erst handlungstragend, wenn der ursprüngliche Konflikt die Welt schon in ein Schlachtfeld verwandelt hat: Es ist die Liebe in Zeiten des Krieges, die wir im ersten Teil des *Rings*, der *Walküre* erleben. Im Rheingold können wir sie als Gegenkraft noch nicht finden, nur erahnen, welche Tragik sie auslöst in einer Figur wie Fasolt: Er ist verliebt in Frickas Schwester, die schöne Freia, doch der Geschäfts- und Machtinstinkt seines Bruders lässt ihm keine Chance. Fafner erschlägt seinen Bruder Fasolt, der eigentlich in der Wagnerischen Logik ganz zu Recht jetzt nach dem Liebesverzicht den Ring für sich beanspruchte. So verwundert es nicht, dass Wagner Fasolt als die tragischste Figur des *Rheingolds* bezeichnete. Nach dem Brudermord scheint Fafner wiederum wie verdammt, als Hüter des Schatzes sein Leben zu fristen: der Hort wird von ihm nicht genutzt, sondern der Hort verdinglicht ihn selbst.

Mit dem Raub des Goldes beginnt für Wagner eine Verfallsgeschichte, die in unserer Aufführung ihren Höhepunkt in einer kalten, dekadenten, funktionalisierten Welt der Götterdämmerung findet. Die Natur ist darin nur noch domestiziertes oder gar präpariertes Zitat, die Statisten am Ende nur noch namenlose Helfershelfer einer Herrschaftselite. Glas und Metall kommen als Ausstattungsmaterialien hinzu, wo vorher nur Holz und menschliche Leiber den Bühnenraum bestimmten. Wer Eingang in diese neue Welt hat, betritt gleichsam eine dekontaminierte Zone: die Luxusidylle in einer rings um vom Krieg bestimmten Welt. Ihr Verursacher Wotan hat sich längst verabschiedet, irrt als nomadischer Gott handlungsunfähig aber wissend durch die Welt, deren Ende nicht mal mehr in seiner Macht steht.

Mögen Ihnen meine Ausführungen einen kleinen Einblick in unsere Überlegungen gegeben haben. Auch wir sind in unserem Ansatz der eigenen Zeitgenossenschaft verpflichtet: der *Ring* lässt sich nicht mit einer politischen Folie der Gegenwart überziehen, aber in einer Zeit, wo von Neidgesellschaft, Gier der Spekulanten und Macht der Großkonzerne die Rede ist, wo sich gemeinsame Werte auflösen, weil sich die Gesellschaft in Parallelgesellschaften fragmentarisiert und ihre Offenheit durch die soziale Ungerechtigkeit bedroht ist, bleibt der *Ring* aktueller denn je. Nicht nur, weil wir in einem Jahr Wagners 200. Geburtstag feiern. ☞

IN EIGENER SACHE

Stephan Bergmann aus dem Kuratorium ausgeschieden



Der Vorsitzende des Kuratoriums, Professor Gunther Wenz (re.), beschrieb den scheidenden Stephan Bergmann als einen Mann der „leisen Töne“, als einen „zurückhaltenden Mensch“, der allerdings mit Nachdruck und Leidenschaft seine Argumente im Kuratorium der Akademie zu vertreten wusste.

Stephan Bergmann (Jg. 1948) war von 1977 bis 2011 leitender Redakteur beim BR-Fernsehen und dort für die Ressorts Innen- und Außenpolitik verantwortlich. Seit 1981 ist er nebenberuflich tätig als Lehrbeauftragter für Fernsehjournalismus an Universitäten und Institutionen. Die Akademie berief Bergmann 1993 in das Kuratorium der kirchlichen Bildungsstätte am Starnberger See. Im Oktober 1999 erfolgte seine erste Wiederberufung, im Oktober 2005 seine zweite Wiederberufung. Im Oktober 2011 schied der Fernsehmann, der auch Mitglied der Landessynode ist, nun endgültig aus dem Kuratorium der Akademie aus. Stephan Bergmann will sich jetzt in den wohlverdienten Ruhestand begeben. Doch gar so ruhig soll es auch nicht werden, denn im Sommersemester 2012 hält er bereits eine Vorlesung über „Theorie und Praxis des Fernsehjournalismus“ an der Universität Erlangen-Nürnberg.

Direktor Udo Hahn dankte Stephan Bergmann für seine in den vielen Jahren geleistete Arbeit für die Akademie und wünscht ihm für seinen weiteren beruflichen und privaten Lebensweg alles erdenklich Gute, viel Glück und Gottes Segen. ☞

Fotos: Schwanebeck

Werner Reuß neues Kuratoriumsmitglied



Werner Reuß, Leiter des Bildungskanals BR-alpha vom Bayerischen Fernsehen, wurde im November 2011 zum Mitglied im Kuratorium berufen und trat damit die Nachfolge von Stephan Bergmann an.

Werner Reuß, M.A., 1963 in Heilbronn-Sontheim geboren, studierte Kommunikations- und Politikwissenschaft sowie Psychologie an der Ludwig-Maximilian-Universität München. Nach seiner redaktionellen Tätigkeit im Bereich Politik und Zeitgeschehen für den BR, wechselte er 1992 in die Chefredaktion von ARD-aktuell in Hamburg.

Von 1994 bis 1997 war er Referent in der ARD-Gremiengeschäftsstelle. Anschließend wechselte er in die Fernsehredaktion der Projektgruppe „BR-Bildungskanal“ und leitete den Aufbau von „BR-alpha“. Seit 2001 lehrt er an der Fachhochschule Würzburg Mediengeschichte, sowie Bildungs- und Wissenschaftsjournalismus. Reuß wurde 2002 der Bayerische Fernsehpreis verliehen. ☞

Kinder und häusliche Gewalt



Auswirkungen und Hilfen

Kinder werden in gewalttätigen Partnerschaftskonflikten zu Opfern, auch wenn sie nicht direkt von Misshandlungen betroffen sind. Das Zuhause und die Familien können ihnen dann keinen Schutz- und Rückzugsraum mehr bieten. Die Kinder werden verletzt und brauchen Hilfe. Welche Möglichkeiten gibt es?

Studienleiterin *Ulrike Haerendel* ging in Zusammenarbeit mit *Monika Bradna*, Deutsches Jugendinstitut e.V., München, und *Ragnbild Eßwein-Koppen*, Leiterin der Gleichstellungsstelle, Landratsamt München, der Frage nach, wie sich häusliche Gewalt auf Kinder langfristig auswirkt und wie Beratung und Hilfe darauf reagieren müssen.

Zum Abschluss der Tagung „Kinder und häusliche Gewalt“ diskutierten Vertreterinnen und Vertreter verschiedener Professionen über Präventions- und Interventionsmöglichkeiten zugunsten von Kindern in Fällen häuslicher Gewalt. Nachfolgend ein Auszug:

Häusliche Gewalt bezeichnet Gewalt zwischen den (sozialen) Eltern des Kindes, die keineswegs, wie oft vermutet, nur in sozial und finanziell schlecht gestellten Familien vorkommt. Nach neueren Untersuchungen haben 25 Prozent der Frauen mindestens einmal im Leben mindestens eine Form der körperlichen und/oder sexuellen Gewalt durch einen Beziehungspartner erlebt. Von diesen Frauen hat ein Drittel einmalig Gewalt erlebt, ein Drittel wiederholte Gewalt und ein weiteres Drittel andauernde Gewalt.

Auf dem Podium saßen *Isabella Gold*, Leiterin des Referats Jugendhilfe, Jugendpolitik im Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen, *Susanne Heynen*, Leiterin des Jugendamts Karlsruhe, *Henrike Krüsmann* von der Berliner

Initiative gegen Gewalt an Frauen (BIG), *Jürgen Schmid*, Familienrichter am Amtsgericht München, und *Barbara Semmler*, Kriminalhauptkommissarin im Münchner Polizeipräsidium. Geleitet wurde die Diskussion von der Soziologin *Monika Bradna* vom Deutschen Jugendinstitut.

Bradna: Unser Gegenstand waren die Auswirkungen der häuslichen Gewalt auf Kinder und mögliche Hilfen, und wir wollen heute zum Abschluss einen Ausblick geben. Welche weiteren Handlungsbedarfe sehen unsere Referenten? Was sind mögliche Perspektiven und Forderungen für die Zukunft?

Heynen: ... Wir müssen aufgrund von Ergebnissen, z.B. des Deutschen Jugendinstituts, eine der grundlegenden Überzeugungen des deutschen Kindschaftsrechts inzwischen in Frage stellen, dass nämlich der Umgang mit beiden Eltern dem kindlichen Wohl nach der Elterntrennung dienlich ist. Lang dauernde Elternstreitigkeiten und dadurch bei den Kindern entstehende Loyalitätskonflikte sind in hohem Maße belastend für die Kinder. Die zweite schlechte Nachricht ist, dass die Arbeit mit solchen Eltern nicht nur die Fachkräfte stark in Anspruch nimmt, sie scheint mangels passgenauer Interventionsstrategien auch wenig erfolgreich zu sein, und das muss evaluiert werden.

Der Frauenschutz und der Kinderschutz müssen besser mitein-

ander verzahnt werden. Wir haben als öffentlicher Träger der Jugendhilfe keine rechtliche Vereinbarung mit den Frauenhäusern. Das ist ein Problem, denn im Zusammenhang mit häuslicher Gewalt sind es die Beratungsstellen, die Interventionsstellen und die Frauenhäuser, die am meisten über die Situation der Kinder wissen. Zum Teil sehen sie die Kinder täglich in den Frauenhäusern und dennoch sind sie strukturell gesehen nicht Teil des Kinderschutzesystems. Natürlich, vor Ort kooperieren wir eng mit den Frauenhäu-

irgendwelchen finanziellen Zwängen, außen vor gelassen werden. Wie ist Kooperation möglich? Findet man auch Begrifflichkeiten, die für alle gleich sind? Das merken wir immer wieder in der Zusammenarbeit mit Gerichten: ein ganz anderes Verständnis, eine ganz andere Herangehensweise, weil die Arbeitsaufträge unterschiedlich sind. Aber auch diese Arbeitsaufträge sind zu klären und es ist zu akzeptieren, dass zum Beispiel ein Verfahrensbeistand eine andere Aufgabe hat als eine Mitarbeiterin im Frauenhaus. Man



Auf dem Podium diskutierten über „Prävention – Unterstützung – Hilfe für Kinder“ (v.l.):

der Münchner Familienrichter *Jürgen Schmid*, die Leiterin des Karlsruher Jugendamts *Susanne Heynen*, die Kriminalhauptkommissarin *Barbara Semmler*, sowie die Soziologin *Monika Bradna*, wissenschaftliche Referentin am Deutschen Jugendinstitut in München, als auch *Isabella Gold*, Referatsleiterin im Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen, und *Marion Krüsmann*, Psychologin am Münchner Institut für TraumaTherapie und TraumaAmbulanz.

ern, aber es ist nicht strukturell verankert und das muss sich verändern.

Es ist notwendig, Kinder mit Gewalterfahrung vor einer Wiederholung solcher Ereignisse zu schützen. Es muss kindzentrierten Angeboten in Frauenhäusern und der Zusammenarbeit von Jugendhilfe und Frauenhäusern eine noch größere Bedeutung zugewiesen werden. Und das ist auch im neuen Bundeskinderschutzgesetz nicht festgeschrieben, wie wir das finanzieren. Es ist völlig den Kommunen überlassen, mit wie viel Geld wir die Kinderarbeit in den Frauenhäusern finanzieren. ...

Krüsmann: Für mich zeigt sich Handlungsbedarf einmal in dem Bereich wirklicher Fortbildungsangebote für alle professionellen Richtungen, die mit dem Thema häusliche Gewalt zu tun haben. Das fängt beim Jugendamt an, geht über das Gesundheitswesen, über Kitas, über Schulen, bis zu Gerichten, Verfahrensbeiständen usw. Wir brauchen eine Sensibilisierung über die Auswirkungen, um dann passgenaue und einzelfallgerechte Hilfen installieren zu können. Die Fachkräfte müssen klären, wie es um die Gewaltbeziehung steht, zu welchen Auswirkungen sie noch führen kann und in welcher Form das Kind darunter leidet.

Wichtig ist mir auch, das Thema in die Fortbildungscurricula der sozialen Berufe aufzunehmen. Es kann nicht sein, dass es Fachhochschulen gibt, Universitäten, wo häusliche Gewalt ein Fremdwort ist, wo Studierende noch nie etwas vom Paragraphen 8a des Sozialgesetzbuches Acht (Schutzaufrag bei Kindeswohlgefährdung) und dessen Umsetzung gehört haben. (...)

Die Tagung hat gezeigt, dass Kooperation und Vernetzung ganz groß geschrieben werden müssen und zwar wirklich so, dass es um ein gemeinsames Arbeiten geht, wo Konkurrenzdenken, Denken in

muss da sorgfältig differenzieren, um es dann als ein gutes System wieder zusammenfügen zu können.

Und ein dritter Punkt ist der Bereich der Prävention. Möglichst weg aus dem Bereich der Intervention! Wir alle rennen immer hinterher, es ist passiert, die Gewalt ist da, dann fangen wir erst an zu handeln. Wir müssen wirklich bei den frühen Hilfen beginnen und genau gucken, was gibt es für Möglichkeiten, was gibt es für Chancen, auch Männer und Frauen zu erreichen, bis hin zu den weiterführenden Schulen, die das als Thema haben müssten, damit junge Menschen, die ihre ersten Beziehungen eingehen, erreicht werden können.

Semmler: Ich möchte erst einmal feststellen, dass die Soziale Arbeit mit der Polizei, speziell in München, hervorragend zusammenarbeitet. Die Möglichkeiten, die wir mittlerweile haben, sind groß. Wir haben in jeder Richtung Beratungsstellen, die uns zum Teil persönlich auch inzwischen sehr gut bekannt sind. Unser Wunsch ist – ich spreche jetzt als Polizistin –, dass mehr tatsächliche Aktionen folgen, wenn die Familie Gewalt erfährt, weil wir immer wieder die Erfahrung machen, dass viel geredet wird, dass viele Möglichkeiten zwar im Prinzip vorhanden sind, aber dass es am Handeln dann dennoch immer wieder aus unterschiedlichsten Gründen scheitert. Konfrontationen werden vermieden. Uns ist das ein großes Anliegen, weil wir immer wieder feststellen, dass sonst die Kinder ganz weit hinten runter fallen.

Schmid: ... Wir haben in München das „Münchner Modell“ mit dem Sonderleitfaden für Trennungsfälle, bei denen häusliche Gewalt im Spiel ist, entwickelt. Das wäre mein Wunsch, dass sich Kooperationsvereinbarungen auch speziell mit häuslicher Gewalt

befassen und vielleicht flächendeckend installiert werden.

Zum Zweiten haben wir uns überlegt, dass in diesen Jugendchutzfällen immer eine Strafrechtsschiene auch mit dabei ist, und dann werden die Kinder oft bis zu 7-, 8-, 9-, 10-mal befragt. Angefangen von der Polizei, über den Ermittlungsrichter, den Strafrichter, den Verfahrensbeistand, das Familiengericht, Sachverständige, Beratungsstellen. Alle wollen mit dem Kind über die gleiche Tat sprechen. Und immer wieder über traumatische Dinge zu sprechen, birgt natürlich die große Gefahr der Retraumatisierung durch's Verfahren letztlich in sich. Mein Wunsch ist, dass wir mehrfache Verwertungen der Befragungen erhalten, also: Was der Strafrichter macht, soll auch im Familiengericht verwertbar sein, wenn er zum Beispiel eine Videovernehmung vom Kind macht. Umgekehrt wäre das natürlich genauso wünschenswert.

Ein dritter Punkt: Eine gute Intervention bei häuslicher Gewalt ist eine getrennte geschlechtsspezifische Beratung für die Eltern. Die sollte dann allerdings mit einer Hilfe für die Kinder verbunden sein. In diesem Zusammenhang bin ich der Meinung, dass man nicht sofort mit dem Kontakt des Kindes zum Täter wieder anfangen sollte. Aber es bringt letztlich auch nichts, wenn man den Täter vom Kontakt generell ausschließt, ohne ihm Hilfe anzubieten. Ich glaube, dass es schon erstrebenswert wäre, wenn ein gutes Täterprogramm stattfindet und der Vater letztlich dahin kommt, dass er in einer Konfliktsituation nicht gewalttätig reagiert. Dann, glaube ich, kann er auch wieder einen guten Kontakt mit dem Kind haben. ...

Gold: Ich möchte bei der Prävention anfangen. Uns ist es ein ganz großes Anliegen, es möglichst gar nicht so weit kommen zu lassen, dass massive Gewalt in Familien vorkommt. Oft sind Überforderungssituationen Anlass hierfür. Daher ist es wichtig, Belastungssituationen in Familien und familiäre Konflikte frühzeitig zu erkennen und Familien zielgerichtet zu unterstützen. Wir haben hierzu in Bayern insbesondere 180 Erziehungsberatungsstellen, die sehr geschult sind in Fragen von Trennung und Scheidung, und die aber auch im Vorfeld, in der Partnerschaft, Hilfestellungen für die Familien geben können. Wichtig ist auch die Sicherstellung von ausreichenden Qualifizierungsangeboten (Hinweis auf Elternkurs „Kinder im Blick“, der sich an stark konfliktbelastete Eltern in der Trennungssituation richtet mit dem Ziel, auf die spezifischen familiären Probleme einzugehen und dabei die Bedürfnisse der Kinder in den Mittelpunkt zu stellen). Entscheidend ist ferner die Vernetzung aller am Verfahren beteiligten Professionen (insbesondere die Familiengerichte, Jugendämter und Beratungsstellen, die Eltern in engem Schulterschluss und mittels abgestimmter Verfahrensabläufe begleiten; Hinweis auf geplanten Fachtag des StMAS und des StMJV hierzu am 11.7.2012).

Zur Sicherstellung des Kindeswohls ist insgesamt eine enge Kooperation zwischen Jugendhilfe, Gesundheitsbereich, Schule, Polizei und Justiz erforderlich. Wir haben festgestellt, dass es oft an der systematischen Vernetzung früher Hilfen fehlt. Deswegen haben wir in Bayern hierzu seit 2009 flächendeckend die KoKi-Netzwerke Frühe Kindheit etablieren können. Im Verantwortungsbereich der Jugendämter werden diese Netzwerke unterhalten, bei denen alle Akteure, der Jugendhilfe, insbesondere die Erziehungsberatungsstellen, der Gesundheitsbereich, Schuldnerberatung etc. ganz wichtige Partner sind, um frühzeitig Risikofaktoren zu erkennen und gemeinsame Schutzfaktoren aufzubauen (zu weiteren Informationen siehe www.kinderschutz.bayern.de).

Schließlich hätte ich einen Wunsch an die Gesellschaft und an die Medien, hier endlich mehr Wertschätzung für die sozialen Berufe

an den Tag zu legen. Diskussionen über das Bundeskinderschutzgesetz und einzelne tragische Fälle werden teilweise äußerst unsachlich geführt. Dies schadet erheblich und blockiert oft das erforderliche vertrauensvolle Miteinander der unterschiedlichen Professionen. Das sind ganz schwierige Themen, die die sozialen Berufe vor Ort zu bearbeiten haben. Gerade im Bereich des Kinderschutzes sind tagtäglich schwierige und sensible Entscheidungen zu treffen, muss mit Eltern über Probleme geredet werden. Dringend erforderlich ist hier eine „Entstigmatisierung“ der Inanspruchnahme professioneller Hilfen und die gemeinsame Wertschätzung dieser. Hierzu ist auch eine positive Presseberichterstattung erforderlich sowie die Rückendeckung der gesamten Gesellschaft ...

Gerade auch der Gesundheitsbereich ist hier ein sehr wichtiger Kooperationspartner. Wichtig ist natürlich die Prävention, frühzeitig mit den Eltern freiwillige Hilfen in Anspruch zu nehmen. Es ist aber auch wichtig, wenn die Schwelle der Kindeswohlgefährdung überschritten ist und die Eltern nicht zur Abwendung mit beitragen wollen, dass dann das staatliche Wächteramt von allen Disziplinen gemeinsam getragen wird und das Jugendamt, das dieses sicherzustellen hat, bei dieser Aufgabe ausreichend unterstützt wird. Um Handlungssicherheit zu schaffen und eine rechtzeitige Einbindung des Jugendamtes in diesen Fällen sicherzustellen, haben wir in Bayern in Art. 14 Abs. 3 und 6 GDVG eine ausdrückliche Mitteilungspflicht der Ärzte geschaffen ...

In der weiteren Diskussion wurde von Teilnehmerseite darauf hingewiesen, dass die Väterproblematik in der Tagung zu wenig behandelt wurde; dazu noch zwei Stellungnahmen:

Heynen: ... Ich glaube auch, dass gewalttätige Väter viel lernen können, aber man muss sie dann auch konfrontieren; man muss von ihnen erwarten, dass sie Verantwortung übernehmen, dass sie ihre Kinder entlasten und sagen: „Es tut mir leid, was ich gemacht habe. Ich weiß, dass das für dich nicht okay ist und du hast keine Schuld.“ Aber dafür müssen wir sie konfrontieren und ich finde, das wird zu wenig gemacht. Es wird zu wenig gespiegelt, das ist nicht in Ordnung, aber wir haben Angebote für dich, um dir zu helfen, zu lernen, wie du eine sichere Bindung zu deinem Kind aufbauen kannst, wie das Kind Vertrauen zu dir haben kann und wie du wirklich - auf die Zukunft betrachtet - eine gute Beziehung hast. Das ist eine absolute Lücke.

Semmler: Aus polizeilicher Sicht haben wir ein Täter-Verhältnis von 80 zu 20 Prozent. Wir haben 20 Prozent männliche Opfer. Was ich in meiner Beratungsarbeit immer wieder erlebe, ist, dass es nur ungern zugelassen wird, dass den Tätern Hilfe zu Teil wird - wenn die Mutter das Opfer ist und der Vater augenscheinlich Gewalt ausgeübt hat, er als Täterperson dasteht, bekommt er einfach gar nicht die Möglichkeit zur Hilfe. Weil man erst einmal sagt, der ist doch der, der schlägt. Er ist der, der gehen muss. Beim Männerinformationszentrum in München haben sie sehr gute Erfolge mit ihrer Täterarbeit. Nach dem letzten Bericht war es so, dass die einen unglaublichen Zulauf von Männern haben, die noch nicht gewalttätig wurden, die aber merken, dass sie eine riesige Aggression in sich tragen. Sie bemühen sich dann um Workshops oder um eine Arbeit mit einem Therapeuten, damit es zur Gewalt gar nicht kommt. ☞



Tutzinger Medien-Dialog

SCHRECKENSBILDER – verroht unsere Bildberichterstattung?

Massenmord in Norwegen, Atomkatastrophe in Japan, Krieg in Afghanistan und Hungerkatastrophen in Ostafrika – täglich erreichen uns über die Medien Schreckensbilder aus allen Winkeln der Erde. Reporter, Kameraleute und Fotografen riskieren bei ihrer Arbeit nicht selten Leib und Leben. Das Geschäft mit Elend und Tod verkauft sich gut. Doch was bewirken die Bilder des Grauens langfristig bei uns, den Zuschauern und Lesern?

Bilder aus Krisen- und Kriegsgebieten sind gefragt. Redaktionen bedienen das Publikum und zahlen viel Geld für die diabolische Ware. Denn Schreckensbilder erhöhen die Auflagenziffern und steigern die Einschaltquoten. Immer drastischere Bilder werden der Öffentlichkeit vor Augen geführt, um den Nervenkitzel zu erhöhen. Doch damit stellt sich die Frage, was ethisch noch vertretbar ist. Was darf, was muss gezeigt werden, und was sollte eher den Blicken verborgen bleiben? Studienleiter *Axel Schwanebeck* und *Michael Schröder*, Dozent für Medien und Kommunikationspolitik an der Akademie für Politische Bildung in Tutzing, erörterten auf dem Tutzinger Medien-Dialog mit Wissenschaftlern und Journalisten die Möglichkeiten und Grenzen der Bildberichterstattung. *Sebastian Haas* und *Michael Schröder* fassten die Ergebnisse zusammen:

Fotos: Haas/Rudloff

Sebastian Haas und **Michael Schröder:**

Krisen, Kriege, Katastrophen – der Schrecken in den Medien

„Kriege, die große Beachtung finden, werden inszeniert.“ Was *Ulrich Tilgner* zum Beginn der Tagung Schreckensbilder – Verroht unsere Berichterstattung? sagte, ist nicht neu; was der ZDF-Journalist aber aus seinen Erlebnissen vom Golfkrieg erzählte, lässt doch aufhorchen. Er berichtete über „Strategien, Hütchenspiele und gezielte Indiskretionen der kriegführenden Parteien“, um Journalisten zu beeinflussen und zu verwirren. Ein Leichtes: Krisen-Berichtersteller müssen schnell arbeiten, eine Bilderflut von Chaos und Schrecken produzieren und kommen dabei kaum mehr dazu, sich um die Hintergründe zu kümmern.

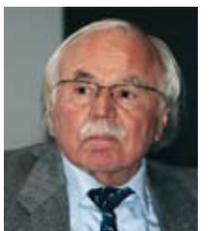
Gestorben wird weiter

Stattdessen filmen die Journalisten eine Rakete von ihrem Abschuss bis zum Einschlag, weil sie die Informationen dafür erhalten. Sie können ihre Bilder pünktlich zum Frühstückfernsehen liefern, weil sie die Motive zur richtigen Zeit serviert bekommen. Sie tragen fürs Fernsehen Schutzwesten, während ihre Mitarbeiter im T-Shirt hinter der Kamera stehen. Sie müssen schnell zum nächsten Krisenherd ziehen, und bemerken nicht mehr, dass an ihrem vorherigen Standpunkt keine Hightech-Munition mehr eingesetzt wird, sondern menschenverachtende Streubomben. Sie ziehen als embedded journalists mit der Truppe in den Kampf – und machen sich durch all das zum Teil einer großen Inszenierung, zum Teil der asymmetrischen Kriegsführung. Medienprofi und Medienkritiker *Tilgner* warnt: Wer so den Gegner in die Irre führen will, wer nur nach den krassesten Bildern Ausschau hält, der führt auch die eigene Bevölkerung in die Irre.

Das sind also die Hintergründe – dann folgte die schreckliche Realität. Für die ARD berichtete *Armin Wünsche* 1994 aus Sarajevo. Die Einkesselung dieser Stadt hat sich dem heute 72-jährigen Kameramann tief



Ulrich Tilgner (oben.), früherer ZDF-Sonderkorrespondent für den Nahen Osten, und Kameramann *Armin Wünsche* berichteten über erlebtes und gefilmtes Leid in verschiedenen Kriegs- und Krisengebieten.



„Sterben und Tod, Folter und Martyrium, Fegefeuer und Krieg gehören schon lange zur bildlichen Instrumentalisierung des Schreckens“, erklärte Professor *Rainer Wirtz* vom Fachbereich Geschichte und Soziologie an der Universität Konstanz.



Günther von Lojewski, langjähriger Chef der ZDF-Nachrichtenredaktion, Moderator von „Report München“ und Intendant des Senders Freies Berlin (1989 – 1997) kritisierte, dass Journalisten als „Teilhaber der Macht“ sich selbst zu wenig Gedanken über ihren Einfluss und ihre Rolle machen. „Im aktuellen Journalismus gibt es immer mehr Raum für Subjektivismus und die Zuflucht zum Betroffenheitsjournalismus.“



Hans-Werner Kitz, Chefredakteur des Spiegel (1989 – 1994) und der Süddeutschen Zeitung (1996 – 2010), beklagte im Hinblick auf das Internetzeitalter, dass „die Recherche gelegentlich zu kurz kommt und manche Meldungen und manche Bilder zu früh auf den Markt der öffentlichen Meinung geworfen werden.“

ins Gedächtnis eingegraben. Er zeigte: Granaten, die explodieren; Soldaten, die rennen, Kinder, die schießen; Menschen, die verbluten; Därme, die herausquellen und Ärzte, die versuchen zu retten, wer nicht mehr zu retten ist. Zwar versicherte *Armin Wünsche*: „Man macht sich in dem Moment des Filmens keine Gedanken darüber, was solche Erlebnisse mit einem anstellen können. Mit dieser Blauäugigkeit habe ich es weit gebracht.“ Doch die leise Stimme, mit der er sprach und die Behutsamkeit, mit der er aus seinem (Kriegs)Tagebuch vorlas und von einem Nervenzusammenbruch erzählte, lassen erahnen, wie sehr Schreckensbilder auch Jahre danach noch wirken müssen. Und das Schlimmste dabei ist seiner Meinung nach: „Kreaturen, die Kriege inszenieren, wird es immer geben. Geschossen und gestorben wird weiter.“

Sterben und Tod, Folter und Martyrium, Fegefeuer und Krieg gehören schon lange zur bildlichen Instrumentalisierung des Schreckens. Professor *Rainer Wirtz* zeigte, dass uns diese Phänomene seit Jahrtausenden durch die Kultur begleiten, und vor allem durch seinen Fachbereich, die Ikonographie.

Die Leitlinien der Medienethik waren das Thema von *Christian Schicha*. Der Düsseldorfer Professor meint: In den Medien ethisch zu handeln heißt nicht zwingend, Stoppschilder gegen Zügellosigkeit aufzustellen. Denn woran soll ein Journalist sich halten: an Grund- und Menschenrechte? An Vorgaben des Staates? An religiöse Ansichten? An Medienrecht? An Kants kategorischen Imperativ? Vor diesem Hintergrund ist es schwierig zu entscheiden, ob ein Bild bearbeitet werden darf, soll oder sogar muss.

Doch hinter den Schreckensbildern steckt so viel mehr: Das Publikum reagiert – mit Trauer, Wut, Ekel, Abscheu. Und was ist mit Kindern und Jugendlichen, die das Leid ansehen müssen? Verändern die Bilder gar unser Verhalten, unsere politischen Überzeugungen?

Harter Wettbewerb um eklige Bilder

Das Internet ist ein globales Medium. Hat es da überhaupt noch Sinn, im nationalen Rahmen nach einem ethischen Maßstab im Journalismus zu fragen? *Stefan Plöbinger*, Chefredakteur der Online-Ausgabe der „Süddeutschen Zeitung“, meint ja. Denn Ethik gebe es nun mal nicht global, sondern nur sehr persönlich. Er gibt allerdings zu, dass der „Wettbewerb um eklige Bilder härter“ geworden sei: „Die reizen zum Klick, sie verführen zum Anschauen.“ Immer mehr würde sich das internationale Medium Internet an amerikanischen Standards orientieren, und das sei negativ zu bewerten.

Seine Zeitung hat sich z. B. für die Druck- und auch die Online-Ausgabe entschieden, keine Bilder des toten Diktators Gaddafi zu drucken und zu senden. „Die Bilder sind in der Welt. Wer sie sehen will, kann sie sehen. Wir müssen das nicht überdokumentieren“, sagt *Plöbinger*.

Auch sein Chefredakteurskollege *Daniel Steil* von Focus online bestätigt, dass die Hemmschwelle niedriger liegt als früher, „weil alles zur Verfügung steht.“ Früher hätte es auch wegen der technischen Produktionsbedingungen viel mehr Zeit zum Nachdenken und mehrere Kontrollinstanzen gegeben. „Heute fallen die weg“, sagt *Steil*. Fünf Milliarden Handys gebe es auf der Welt: „Alles wird von jedem rund um die Uhr fotografiert, gefilmt, gesendet und gedruckt. Es gibt unzählige Informationskanäle – auch nicht-professionelle. Oft sind Beteiligte die Produzenten.“ Und das gehe zu Lasten der Unabhängigkeit und Objektivität.

Aber *Steil* sieht auch Vorteile: „Anders als beim Printmedium können wir schnell korrigieren und etwas zurückholen.“ Und es gebe einen intensiven Dialog mit den Nutzern als Gradmesser von Qualität und ethischen Maßstäben.

Schmuddelecken im Netz

Die Schmuddelecken des Web 2.0 sind voll von Pornografie, Gewalt, politischem Extremismus und Cybermobbing. *Stefanie Reger* von der Kommission für Jugendmedienschutz (KJM) kämpft gegen Windmühlen, denn *Daniel Steil* meint: „Wir kriegen das Netz nicht mehr unter Kontrolle.“ Aber die KJM versucht wenigstens gegen deutsche Anbieter vorzugehen und die schlimmsten Auswüchse wie „Ritzerseiten“, Sado-Maso-Darstellungen, Voyeurismus und „Prügfeloren“ zu indizieren. *Reger* sieht den Jugendschutz auch mit einer deklaratorischen Funktion. „Das saubere Netz“ sei nicht das Ziel der KJM und: „Medienkompetenz kann den Jugendschutz nicht ersetzen.“ Mehr Medienkompetenz ist das Ziel von *Ingrid Paus-Hasebrink*, die sich an der Universität Salzburg mit Medienwirkungen bei Kindern und Jugendlichen beschäftigt. Sie sieht in den Medien die entscheidenden Vermittler von Welt-Bildern in den kindlichen Lebenswelten. Dabei stehe im Vordergrund der kindlichen Mediennutzung nicht die Aneignung von Wissen, sondern die Unterhaltung. Da-

bei spielen „Helden“ eine wichtige Rolle als Identifikationsfiguren.

Immer wieder würden spektakuläre Anlässe wie Amokläufe von Jugendlichen zum Anlass genommen, um auf die Gefährdungen durch Medien hinzuweisen und die Medienwirkung mit Sucht und Verwahrlosung in einen Zusammenhang gestellt. *Paus-Hasebrink* sieht die Zusammenhänge differenzierter: Es müssten kindgerechte Angebote ausgewählt werden und Eltern dürften Kinder mit ihrer Mediennutzung nicht allein lassen. So könnten Angstgefühle vermieden werden. Eltern sollten ihre Kinder auch nicht belügen. Wenn Kinder und Tiere in Filmen real leiden, solle man das auch so benennen. Auf der anderen Seite warnte die Medienforscherin vor zuviel Emotion und Stereotypen. Den Kindern müssten Konfliktlösungsmodelle angeboten werden. Ferner seien die Vorbilder und der Umgang miteinander in der Familie wichtig. Verbote von Medien seien nur bedingt wirksam.

Medienmacht ohne Mandat

„Die Medien haben eine Macht ohne Mandat.“ Diese provozierende Aussage stammte von *Günther von Lojewski*, dem langjährigen Chef der ZDF-Nachrichtenredaktion, Moderator von „Report München“ und Intendanten des Senders Freies Berlin (1989 – 1997). Er kritisierte, dass Journalisten als „Teilhaber der Macht“ sich selbst zu wenig Gedanken über eben ihren Einfluss und ihre Rolle machen. Er sieht im aktuellen Journalismus immer mehr Raum für Subjektivismus und Zuflucht zum Betroffenheitsjournalismus: „Quickies gehen über alles.“ Ereignisse würden selbst geschaffen und inszeniert; es fehlen Distanz und Unabhängigkeit: „Wenn die verloren gehen, schaden sich die Medien selbst“, sagte *Lojewski* und ergänzte: „und Nähe zur Macht verführt.“

Manipulation und Menschenjagd

Lojewski forderte, der Politik wieder mehr Zeit für Entscheidungen zu lassen und nicht sofort Stellungnahmen einzufordern: „Investigative Journalisten treiben Staatsanwälte und Politiker vor sich her.“ Das sei kein guter Zustand. Längst sei die Politik von den Medien abhängig geworden. Sie verenge sich bei ihren Aufgaben auf das Setzen von Themen in der Öffentlichkeit. Dazu kämen die Machtansprüche der Medien unter und gegeneinander: „BILD gegen die SZ, der SPIEGEL gegen die FAZ.“ Der Streit um die Meinungshoheit lasse oft die Themen in den Hintergrund treten. „Dieser Kampf um die Meinungsmacht schadet der Unabhängigkeit“, sagte *Lojewski*. „Manipulation, Menschenjagd und Häme“ seien die Gründe für das schlechte Image der Journalisten in der Öffentlichkeit. Als Beispiele für Vorverurteilungen nannte er die Fälle Strauß-Kahn („Nicht mal eine Anklage“) und Kachelmann („Freispruch“). Diese Männer seien „für den Rest ihres Lebens beschädigt und um Karriere und Einkommen ge-

Fotos: Haase/Rudloff



Stefan Plöbinger (oben), Chefredakteur der Online-Ausgabe der „Süddeutschen Zeitung“, räumte ein, dass der „Wettbewerb um eklige Bilder härter“ geworden sei: „Die reizen zum Klick, sie verführen zum Anschauen.“

Auch sein Chefredakteurskollege *Daniel Steil* (unten) von Focus-Online bestätigte, dass die Hemmschwelle niedriger liegt als früher,

„weil alles zur Verfügung steht.“

Fünf Milliarden Handys gebe es auf der Welt: „Alles wird von jedem rund um die Uhr fotografiert, gefilmt, gesendet und gedruckt. Das geht zu Lasten der Unabhängigkeit und Objektivität.“

bracht.“ Er mahnte: „Unter unserer Pressefreiheit ist nicht alles erlaubt.“ Und er stellte die Frage: „Wer kontrolliert eigentlich die Kontrolleure?“ Oft bliebe journalistische Nachhaltigkeit auf der Strecke, aber „zum Glück ist das Publikum vergesslich“, sagte *Lojewski*.

Die Recherche kommt zu kurz

Hans-Werner Kitz, Chefredakteur des Spiegel (1989 – 1994) und der Süddeutschen Zeitung (1996 – 2010), wunderte sich ein wenig, dass *Lojewski* das von ihm beschriebene Spiel zwischen Politik und Medien jahrzehntlang an führender Stelle mitgemacht habe und erst jetzt zu solchen Einsichten käme. Er stimmte aber zu, dass Recherche gelegentlich zu kurz kommt und manche Meldungen zu früh auf den Markt der öffentlichen Meinung geworfen werden. *Lojewski* kritisierte: „Heute werden lieber schnell drei Stories als Häppchen geschrieben als eine richtig runde Geschichte mit allen Fakten und Perspektiven, die etwas mehr Zeit braucht.“

Burkhard Nagel, Planungsleiter bei ARD-aktuell in Hamburg (Tagesschau und Tagesthemen), stimmte zu, dass es bei der Recherche gelegentlich Defizite gebe. In der größer werdenden Geschwindigkeit des Nachrichtenumschlags liege die Gefahr, dass weniger recherchiert werde. *Steffen Grimberg*, Medienkritiker bei der taz in Berlin, sieht zwar auch die Recherche in der Alltagsroutine bei Tageszeitungen auf dem Rückzug, hat aber auch Hoffnung: „In vielen Redaktionen gibt es inzwischen Investigativressorts.“ Und *Kitz*, der bei der SZ genau dieses Ressorts eingerichtet hat, beklagte „den Niedergang des Genres Polit-Magazin im Fernsehen.“

Einig waren sich die Diskutanten, dass der Journalismus an einer Zeitenwende stehe, die wesentlich von den Mechanismen und Geschwindigkeiten des Internets bestimmt werde. *Nagel* berichtete aus der Redaktionspraxis bei ARD-aktuell, dass „die Verifikation von Informationen aus dem Netz inzwischen einen wesentlichen Bereich unserer Arbeit einnimmt.“ *Lojewski* stellte fest, dass „die völlig neue Welt des Internets unkontrollierbar und ohne Regeln ist.“

Silvester 2011

PETRARCA, LISZT UND DAS ERZÄHLEN DER WELT

Im Canzoniere, dem Buch der Lieder von Francesco Petrarca (1304-1374), findet Franz Liszt (1811-1886) den Ton moderner Innerlichkeit, der ihn zu zahlreichen Kompositionen inspiriert: Mythos und Moderne, eine Annäherung in Stationen...

Die „Wanderung im letzten Licht des Jahres“ führte die Tagungsgäste zum Steg in Garatshausen, auf dem Anna von Schrottenberg, in Bergsteigerausrüstung den Mont Ventoux (Stehleiter) erklimmend, aus Petrarcas Brief las.



Foto: König

Franz Liszt war von dem besonderen Ton der Lyrik des italienischen Dichters Francesco Petrarca derart fasziniert, dass er mehrere seiner Sonette vertonte. Nicht von ungefähr fallen diese Kompositionen in die glücklichen Anfangsjahre seiner Liebe zur Gräfin Marie d'Agoult. Sie markieren nicht nur die verschiedenen Stationen der gemeinsamen „Flucht“ in die Schweiz und nach Italien, sondern wirken wie musikalische Keimzellen bis in das Liszt'sche Spätwerk hinein.

Auf der Tagung zum Jahreswechsel waren die Teilnehmenden in Fachvorträgen, Konzertstationen, Lesungen und Diskussionen dazu eingeladen worden, sich musikalisch aktiv mit Petrarca und Liszt auseinanderzusetzen. **Brigitte König** fasste die Ergebnisse der Silvestertagung für uns zusammen:

Brigitte König

Silvester im Schloss

Allmählich gerät die Beliebtheit der Silvester-Tagungen der Evangelischen Akademie Tutzing ins Magisch-Mystische, denn diese selber in ihrer Magie und Mystik sorgen stets dafür, dass sie immer wieder nachgefragt werden und in kürzester Zeit ausgebucht sind.

„Gepriesen sei der Tag, der Mond,
das Jahr, die Jahr- und Tageszeit,
der Augenblick, das schöne Land,
der Ort [...]“

dichtete bereits Francesco Petrarca, meinte aber – da ohne die erforderlichen seherischen Fähigkeiten – nicht die Silvestertagung im Tutzinger Schloss, sondern den Moment, in dem er in das schöne Augenpaar seiner angebeteten Laura blickte, der „in vita“ und „in morte“ angebeteten geliebten Frau. Davon, von Franz Liszt und manchen anderen Menschen, Beziehungen und Entwicklungen handelte die jüngste Silvestertagung unter dem Titel „Petrarca, Liszt und das Erzählen der Welt“, die wieder Scharen von Interessenten anzog. Die Glücklichen, die sich zum Jahreswechsel 2011/2012 im Schloss einfinden durften, genossen Fachvorträge, Konzertstationen, Lesungen, Diskussionen, szenische Sequenzen im Park und am See und auch die aktive musikalische Auseinandersetzung mit Petrarca und Liszt in einer Chorwerkstatt. Die bloße Aufzählung lässt erahnen, dass das Auditorium nicht wenig gefordert war.

Gefordert wurde es von hochkarätigen Wissenschaftlern und Künstlern, die ihm die so gegensätzlichen und

scheinbar entfernten Schöpfer unsterblicher Werke nahebrachten. *Burkhard von Puttkamer*, Bariton und künstlerischer Leiter der Veranstaltung, hatte sie zusammengeführt, und so fanden sich Prof. Dr. *Birger Petersen* aus Mainz, Prof. Dr. *Michael Rössner* aus Wien, Prof. *Claudius Tanski* aus Salzburg, die Schauspielerinnen *Anna von Schrottenberg* und die Sopranistin *Katharine Hannah Weber* aus Berlin ein.

Der Literaturwissenschaftler Prof. *Rössner* brachte den Tagungsgästen Francesco Petrarca nahe als einen Dichter, der aus den Traditionen von Antike und Mittelalter auswählt und die im Wortsinne erlesenen Elemente zu unsterblichen literarischen Schöpfungen verarbeitet und an die Nachwelt weiterreicht. Insofern habe er eine kanalisierende Funktion gehabt: Nur was Petrarca aufgriff, habe Bestand gehabt. Dazu gehört auch der Text, der im Mittelpunkt der Vorträge von Prof. *Rössner* stand: Der Canzoniere, in dem die angebetete Laura besungen wird. Dieser und andere Texte Petrarcas wurden in modifizierter, erweiterter Form von späteren Autoren verwendet und unter dem Begriff des „Petrarkismus“ stilsbildend. Prof. *Rössner* wies Texte und Autoren, die als Petrarkismus bzw. Petrarkisten in die Literaturgeschichte eingegangen sind, nicht nur im europäischen Umfeld, sondern auch in Lateinamerika nach. Dabei zeichnete er die sich entwickelnden unterschiedlichen Liebestheorien vom Mittelalter bis in die Neuzeit nach.

Wie die Sonette Petrarcas in verschiedenen Epochen vertont wurden, das führten *Katharina Hannah Weber* und *Burkhard von Puttkamer* stimmgewaltig und Prof. *Tanski* am Klavier virtuos vor. Kompositionen von Orlando di Lasso, Adrian Willaert, Franz Liszt und Franz Schubert bekam das Silvesterpublikum in den Konzertstationen zu hören, darunter die zu Unrecht bekannte Vertonung der Loreley durch Franz Liszt. Dieser hat sich in seinem bewegten Leben bekanntlich nicht wie Petrarca einer einzigen Frau geweiht, sondern zahlreichen. Immerhin können die Gräfin Marie d'Agoult, mit der Liszt verheiratet war und drei Kinder hatte, und die Fürstin zu Sayn-Wittgenstein jeweils herausragende Bedeutung im Leben des Komponisten für sich beanspruchen. *Anna von Schrottenberg* las aus den Briefen, die ein Schlaglicht auf diese nicht unkomplizierten Beziehungen warfen. Liszts kompositorische Strategien und Kunstgriffe wurden von Prof. Dr. *Birger Petersen*, Musikwissenschaftler, akribisch untersucht und dem Auditorium mit Musikbeispielen nahegebracht.

Petrarca ist aber nicht nur als Dichter, sondern auch als Bergsteiger ins kollektive literarische Gedächtnis eingegangen: Die Besteigung des Mont Ventoux in der Provence, die er am 26.4.1336 unternahm und in einem Brief beschrieb - war sie Ausdruck einer neuen Natur- und Landschaftserfahrung, bei der sich ästhetische und kontemplative Sichtweisen miteinander verbinden? Oder Schlüsselmoment an der Schwelle von Mittelalter und Neuzeit? Oder gar Geburtsstunde des Alpinismus? Hier gehen die Meinungen der Wissenschaftler und

gingen auch die der Tagungsteilnehmer in Tutzing auseinander. Jedenfalls aber führte die „Wanderung im letzten Licht des Jahres“ zum Steg in Garatshausen, auf dem *Anna von Schrottenberg*, in Bergsteigerausrüstung den Mont Ventoux (Stehleiter) erklimmend, aus Petrarca's Brief und von seinen Mühen, Entbehrungen, Eindrücken und geistig-religiösen Erkenntnissen las. Heftiger Schneefall sorgte für große Empathie der Tagungsteilnehmer mit der Künstlerin und auch mit dem Dichter.

Ein „Heiteres Musikprogramm in den Salons des Schlosses“ – dem ein opulentes Silvesterdinner voranging – gestalteten die unermüdeten Künstler *Burkhard von Puttkamer*, *Katharina Hannah Weber* und Prof. *Tanski*, das von Mozart bis hin zu Schlagern von 1930 reichte. Unverzichtbar, selbstverständlich, weil bereits Silvester-Hymne, der gemeinsam gestaltete Jahresabschlussgesang „O Donna Clara“ im fortissimo appassionato.

Jahreswechsel: Der Akademiedirektor höchstpersönlich schenkte Sekt ein, Raketen transportierten die nachmittags aufgeschriebenen Wünsche der Tagungsteilnehmer in den Himmel an die zuständige Stelle, und dann? Programmende? Oh nein, nach Mitternacht setzte sich Prof. *Tanski* noch einmal an den Flügel des Musiksaals; er spielte das Impromptu es-moll, D 946, von Franz Schubert und begrüßte damit ebenso virtuos wie zu Herzen gehend das neue Jahr.

Nicht zu vergessen die Leistungen der Mitwirkenden der Chorwerkstatt: Sozusagen aus dem Nichts entlockte *Burkhard von Puttkamer* den Sängerinnen und Sängern – die dankenswerterweise von einigen Berliner Chorsängern unterstützt wurden – Klänge, die einwandfrei erkennbar Chorsätze von Franz Liszt und Madrigale nach Petrarca von Adrian Willaert aus dem 16. Jahrhundert wiedergaben. Das Vergnügen der Choristen war sehr groß, der Genuss des Auditoriums in schöner Harmonie mit der Kürze der Einstudierung.

Die Seeterrasse: Sie ist traditioneller Ort der Tagungseröffnung und immer gut für magisch-mystische Momente, und so trugen *Burkhard von Puttkamer* und *Katharine Hannah Weber* auch diesmal, vor dem Hintergrund des dunklen Sees und von feuchter Kälte umwahrt, Liszt-Vertonungen vor.

Akademiedirektor *Udo Hahn* ließ es sich nicht nehmen, am Silvestermorgen trotz Schneefalls die Morgenandacht auf der Seeterrasse zu halten – auch dies ein intensiver Augenblick. „Jesus Christus spricht: Meine Kraft ist in den Schwachen mächtig.“ Die Jahreslosung 2012 war die Grundlage seiner Predigt im Neujahrsgottesdienst. Er legte den Losungstext in ebenso klarer wie zu Herzen gehender Rede aus. Überhaupt waren Präsenz und Einsatz des Akademiedirektors, seiner Gattin und der Studienleiterin *Judith Stumptner* während dieser Tagung in vielerlei Hinsicht segensreich.

Die Abschlussdiskussion brachte noch zahlreiche Ansichten, Einsichten und Übersichten. Die Tagungsteilnehmerinnen und -teilnehmer wurden vom Akademiedirektor und dem Hauptorganisator *Burkhard von Puttkamer* mit guten Wünschen und einer weißen Rose entlassen.

Erschöpft, aber bereichert, kehrte man heim. Petrarca – von ihrem eigentlichen Gegenstand etwas abgesondert – Worte klangen noch nach:

Gepriesen sei der Tag, der Mond, das Jahr, die Jahr- und Tageszeit, der Augenblick, das schöne Land, der Ort.... 🌸



Mit großer Hingabe und nicht minder großem Vergnügen gaben die Mitwirkenden der Chorwerkstatt dem Publikum eine Kostprobe ihres Könnens.

Foto: König

NACHRICHTEN AUS DEM FREUNDESKREIS



Hildegard Brack:

Stammzellenforschung: Bestandsaufnahme, Perspektiven und ethische Fragen.

Der Freundeskreis Aschaffenburg der Evangelischen Akademie Tutzing hatte zum Thema Stammzellenforschung Dr. *Michael Sendtner*, Professor für klinische Neurologie an der Universität Würzburg eingeladen. In einem mit vielen Graphiken unterstützten Vortrag schilderte Professor *Sendtner* die Entwicklung der Stammzellenforschung bis zum heutigen Tage.

Kaum ein biomedizinisches Thema wurde in den letzten Jahren öffentlich so kontrovers diskutiert wie die Forschung mit humanen embryonalen Stammzellen. Die Befürworter sahen in ihnen eine Möglichkeit zum besseren Verständnis und zu neuen Therapien schwerer Erkrankungen. Die Skeptiker warnten angesichts des Verbrauchs menschlicher Embryonen bei der Gewinnung solcher Stammzellenlinien vor einem Dammbuch ethischer Werte.

Ausgangspunkt war der Bericht 1997 über das Klonschaf „Dolly“. Aus dem Zellkern einer Hautzelle eines erwachsenen Schafes wurde eine genetisch praktisch identische Kopie dieses Tieres hergestellt. Dabei ist der entscheidende Schritt die Fusion der Spenderzelle und des Zellkerns. Die „Dolly-Methode“ eröffnete allerdings die theoretische Möglichkeit, Stammzellen zu gewinnen, um daraus praktisch alle Zelltypen zu generieren, die für die Therapie von Erkrankungen des Menschen nützlich sein könnten. Dazu gehören blutbildende Zellen des Knochenmarks, Herzmuskelzellen, Nervenzellen und Leberzellen sowie die Insulin produzierenden Zellen der Bauchspeicheldrüse.

In der Klinik sind Anwendungen zum Transfer von so genannten adulten Stammzellen zur Behandlung schwerer Erkrankungen wie Leukämie und schweren Verletzungen, z.B. Verbrennungen der Haut, seit langem etabliert. Im ersteren Fall gelingt dies durch Übertragung von Knochenmarkstammzellen, im zweiten Fall durch Stammzellen der Haut, die zuvor in Zellkulturen künstlich vermehrt wurden.

Allerdings ist es z.B. nicht möglich, aus solchen Stammzellen sog. dopaminerge Nervenzellen in ausreichender Zahl für die Behandlung von Patienten mit Morbus Parkinson zu gewinnen. Die Anstrengungen konzentrieren sich auf die Gewinnung von Stammzelllinien direkt aus somatischen Zellen, vor allem Hautzellen, ohne dass dafür menschliche Embryonen generiert werden müssen.

Die Forschung mit Gewebestammzellen, sog. adulten Stammzellen, ist jetzt von zentraler Bedeutung, um Krankheitsprozesse zu verstehen und neue Behandlungen, z.B. für weit verbreitete Erkrankungen wie Diabetes, für Herz-Kreislauf-Erkrankungen und selbst neurodegenerative Erkrankungen zu finden, für die es bisher noch überhaupt keine wirksamen Therapien gibt. Bis vor wenigen Jahrzehnten war angenommen worden, dass Nervenzellen des Gehirns nicht regenerationsfähig sind. Inzwischen ist jedoch bekannt, dass

auch im Gehirn von Säugetieren und höchstwahrscheinlich auch beim Menschen in erheblichem Maß neue Nervenzellen entstehen können.

Zur Zeit ist es noch nicht möglich, aus adulten Stammzellen sog. dopaminerge Nervenzellen für die Behandlung von Nervenkrankheiten zu generieren. Die Forschung mit adulten Stammzellen kann daher Untersuchungen an embryonalen Stammzellen noch nicht ersetzen. Für die Grundlagenforschung sind vergleichende Untersuchungen Hauptquelle von neuen Erkenntnissen. Derzeit gibt es noch keine Erfahrung mit der klinischen Anwendung von humanen embryonalen Stammzellen bei Patienten mit schweren Erkrankungen. Diese Zellen besitzen, solange sie undifferenziert sind, ein erhebliches Tumorpotenzial. Die Vermeidung solcher Tumoren ist eine wesentliche Herausforderung für die Wissenschaft, um Therapien mit embryonalen Stammzellen beim Menschen weiterzuentwickeln.

Es ist zu wünschen, dass auf der Basis dieser neuen wissenschaftlichen Ergebnisse auch eine neue Diskussion zur ethischen Bewertung von Stammzellen erfolgt, die dem Entwicklungspotenzial dieser Zellen für die Therapie schwerer Erkrankungen Rechnung trägt und gleichzeitig den Lebensschutz sicherstellt.

Da die Abstimmung im Bundestag über die Präimplantationsdiagnostik bevorstand, erläuterte Prof. *Sendtner* noch zum Schluss dieses Verfahrens. Er bejahte ihre Anwendung, da hierdurch Krankheiten, die seit Generationen vererbt werden, ausgeschaltet würden. Zur Frage einer Teilnehmerin zur langzeitigen Aufbewahrung von Nabelschnurblut erwidert Prof. *Sendtner*, dass er das für eine große Geschäftemacherei hält, zumal dieses Blut höchstens sechs Jahre haltbar sei.

Reinhold Dobmeier, Karin Holl und Ehrenfried Lachmann:

Christentum sucht neue Anker

Im Rahmen der 20. Bayerisch-Böhmischen Kultur- und Wirtschaftstage fand im Jahr 2011 in der Kirche St. Michael in Weiden ein grenzübergreifender Gottesdienst in deutscher und tschechischer Sprache statt. Die Predigt hielt Herr Professor Dr. *Jan Blaboslav Lásek*, Dekan der Hussitischen Fakultät an der Karls-Universität Prag. Professor *Lásek* arbeitet mit der Universität in Regensburg zusammen und ist regelmäßiger Teilnehmer des Südostmitteleuropäischen Fakultätstages in Österreich, Ungarn, Rumänien u.a. Auf zahlreichen Kongressen ist er ein gefragter Mann.

Das Leiterteam des Freundeskreises Evangelische Akademie Tutzing e.V. Weiden interessierte besonders, dass er an der Karls-Universität in Prag Kirchengeschichte lehrt. Frau *Holl*, die ihn zuvor persönlich kennengelernt hatte, bat ihn deshalb, zu dem Thema:

„Die Erben des Reformators Jan Hus in den christlichen Kirchen Tschechiens heute“ einen Vortrag zu halten.

Am 9. Januar begrüßte Karin Holl Herrn Professor Dr. Jan B. Lášek im mit gut 100 Personen voll besetzten kleinen Saal des Hauses der Evangelischen Gemeinde. Auch das regionale Fernsehen OTV war wegen der für die Grenzregion wichtigen Veranstaltung erstmalig beim Freundeskreis erschienen.

In seinem Vortrag skizzierte Professor Lášek die Historie des Christentums in Tschechien von seinen Anfängen bis heute.

Der Fall des Eisernen Vorhanges 1989 brachte für Tschechien die Öffnung zum Westen. Es keimte auch die Hoffnung, die religiösen Gruppierungen könnten davon profitieren. Doch es kam anders, wie Professor Dr. Jan B. Lášek aufzeigte.

Die Geschichte des Christentums in Tschechien nahm ihren Ursprung im 9. Jahrhundert mit Taufen in Regensburg. Es gab Einflüsse byzantinischer und slawischer Brüder im 11. Jahrhundert. Unter Kaiser Karl IV. kam es zur Erneuerung, wobei man Buße, Glaube und Umkehr predigte.

Böhmische Reformation

Um 1369 wurde Jan Hus in Südböhmen geboren. Die hussitische Bewegung dauerte 200 Jahre an und gilt als Böhmische Reformation. Das Abendmahl gehörte für Hus zu den tiefsten Mysterien des Glaubens und er vertrat – im Gegensatz zu der vorherrschenden Meinung seiner Zeit – die Ansicht, das Abendmahl mit Brot und Wein sei auch für Laien gedacht. 1482 kam es zum „Gutenberg Vertrag“ mit Religionsfreiheit. 1575 bildete sich die „Konfession Bohemia“, die für die Gründung der Evangelischen und Katholischen Kirche eine große Rolle spielte. Es folgte die Zeit der Habsburger mit katholischem Glauben und der hussitischen Emigration nach Deutschland. 1781 folgte das Toleranzpatent von Kaiser Joseph II. Dieses erlaubte neben dem katholischen auch ein lutherisches Bekenntnis, aber keine Hussiten. Innerhalb der Katholischen Kirche kam es zu Reformbewegungen und zur Wiedergeburt des protestantischen Glaubens 1846.

Bei der Gründung der ersten Tschechischen Republik 1918 gab es eine Million evangelische Christen und rund 12 000 Altkatholiken. „1945 folgte die Tragödie zwischen Tschechen und Deutschen, die wir bedauern“, erklärte Professor Lášek. Die Vertreter der Kirchen seien geschockt gewesen. Nach der Vertreibung begann die Zeit der Bolschewiken. Sie hätten den Glauben klugerweise nicht verboten, die Kirche aber unter die Kontrolle des Staates gestellt und die kirchlichen Güter in Genossenschaften verwaltet.

1960 kam es zur Reform des Christentums in Tschechien. 1989 erfolgte die Wende. Doch die Hoffnung auf großen Zuspruch zu den Konfessionen verpuffte. Das Gegenteil sei eingetreten, so Professor Lášek. Er verwies auf die Ergebnisse der Volkszählung von 1991 und 2001. Bei einer Gesamtbevölkerung von 10,5 Millionen Tschechen gab es 2001 eine Million Katholiken, 1991 waren es noch 4 Millionen. Die Zahl der Evangelischen Christen sank von 200 000 auf 100 000, die der Hussiten ebenfalls von 200 000 auf etwa 100 000. Professor Lášek kommentierte die Zahlen als Verfall religiöser Gesinnung, was in Tschechien um sich greife. „Es ist heute sehr schwierig zu predigen und junge Leute anzusprechen“, gestand der

bis vor 20 Jahren im evangelischen Dienst stehende Pfarrer. Die Struktur der Gläubigen sei restlos überaltert.

Kooperation angedacht

Dekan Dr. Wenrich Slenczka von Weiden bot als guter Nachbar Unterstützung und Hilfe aus Bayern an, „wenngleich wir auch keine Insel der Glückseligen sind, was die Kirchenmitglieder betrifft“, wie er eingestand. Professor Lášek sah in Gruppen-Praktika zwischen den beiden Ländern einen Lösungsansatz, wobei die englische Sprache zur Verständigung dienen könnte.

Termine:

Bayerntag in Kronach
23. – 24.06.2012

Sommertagung und Mitgliederversammlung
07. – 09.09.2012
in Kooperation mit Steuerungsgruppe
Kirchenmusik, Lutherdekade/Reformations-
jubiläum 2017

„Reformation und Musik“. Unter dem Jahresthema der Lutherdekade für das Jahr 2012 spürt die Sommertagung der eindrucksvollen Geschichte evangelischer Kirchenmusik, ihrer Bedeutung für die Reformation, dem Stellenwert der Musik in der Frömmigkeit und der Wirkung protestantischer Musikkultur in Kirche und Gesellschaft nach.



Eine „capella“ im 16. Jahrhundert (aus Hermann Finck „Practica musica“, Wittenberg 1556)

Studienreise nach Turin und ins Piemont
01. – 07.10.2012

Der Freundeskreis lädt alle Mitglieder und Interessenten zu den oben genannten Terminen herzlich ein.

Weitere Informationen finden Sie im Internet unter www.ev-akademie-tutzing.de, oder Sie erreichen uns telefonisch unter 08158 251-130. ☎

Impressum

Herausgeber:
Evangelische Akademie Tutzing
Direktor Udo Hahn
Schlossstr. 2+4
82327 Tutzing

Redaktion:
Dr. Axel Schwanebeck (verantwortlich)
Tel.: 08158 / 251-112
FAX: 08158 / 99 64 22
Email: schwanebeck@ev-akademie-tutzing.de

Art Director:
Patrick Märki / Silke Streppelhoff

Verlag:
Evangelischer Presseverband für Bayern e.V.
Vorstand: Dr. Roland Gertz
Birkerstr. 22, 80636 München

Druck:
ulenspiegel druck gmbh
Birkenstr. 3, 82346 Andechs
T: 08157 / 99 75 9 0
F: 08157 / 99 75 9 22
mail@ulenspiegeldruck.de

Erscheinungsweise:
vierteljährlich

Die Tutzinger Blätter
erhalten Sie zu folgenden Konditionen:
Einzelheft: 3,00 Euro;
Jahresabonnement: 10,- Euro.
Konto-Verbindung: Kto.-Nr.: 10 30 531,
Blz.: 520 604 10,
bei:
Evangelische Kreditgenossenschaft eG, Kassel

Veranstaltungs- kalender

(in Auswahl)

VERANTWORTUNG IN EINER BEGRENZTEN WELT

19. – 21.4.2012 / Tutzing

Der Expansionsdrang stößt immer deutlicher an kritische planetare Grenzen. Die Wachstumsdebatte steht wieder auf der Tagesordnung und damit u.a. der Rohstoffverbrauch und einzelne Sektoren wie der Güterverkehr. Der Sachverständigenrat für Umweltfragen stellt Thesen aus dem geplanten Gutachten 2012 zur Diskussion.

STADT KULTUR ZUKUNFT

27. – 29.4.2012 / Tutzing

Wie sehen die Städte der Zukunft aus? Klimawandel und die Endlichkeit der Ressourcen fordern kulturelle, ökologische, technische, soziale Veränderungen in den Städten, die nur mit einen grundlegenden kulturellen Wandel zu bewältigen sind. Welchen Beitrag kann die Kultur- und Kommunalpolitik dabei leisten?

THEATERTAGUNG: VON TOP DOGS, KRISEN UND

KAPITALISMUSKRITIK

4. – 6.5.2012 / mit dem Salzburger Landestheater

Finanzkrise - und die Entlassungswelle erreicht das Top-Management. Mit sarkastischem Humor erzählt „Top Dogs“ vom Absturz aus den Zentren der Macht und der Brisanz globaler Arbeitslosigkeit. Hochaktuell, bietet der moderne Theaterklassiker den Ausgangspunkt für Reflexionen zwischen Kunst und Krise.

LEBENSGESCHICHTE(N) – GENERATIONEN IM GESPRÄCH

28. – 31.5.2012 / Tutzing

Leben ist der Stoff, aus dem Geschichten gemacht sind, und alle Leben haben ihre Geschichte. Wir wollen hören, sehen und lesen, was Menschen zwischen jung und alt über sich berichten. Workshops zum Filmen und Interviewen, zum Biographieschreiben und zum Malen laden zum kreativen Schaffen ein. **Familientagung.**

BARCAMP

8. – 10.6.2012 / Tutzing

Ein BarCamp, das ist eine Un-Tagung, deren Agenda und Inhalte von den Teilnehmern selbst bestimmt und gestaltet werden. Daher: Wöüber wollt ihr zwei Tage lang diskutieren? Umgang mit virtuellen Unruhestiftern, Datenschutz oder Apps & Mobile Websites in der Kirche? Vorschläge an: barcamp@ev-akademie-tutzing.de

KLANGWELTEN

15. – 17.6.2012 / Tutzing

Ungewöhnliche Klänge in außergewöhnlichem Ambiente: Die Bayern-2-Hörtour macht in der Evangelischen Akademie Tutzing Station. In einem sich anschließenden Kulturradiotag steht die Frage nach der Zukunft des Kulturradios im Mittelpunkt.

AUTO-MOBIL-SEIN

16. – 17.6.2012 / Ingolstadt / mit der AUDI AG

Bewegung ist Leben, selber-bewegen, automobil sein, ein Menschheitstraum. Er wird zum Albtraum, wenn wir so weiter machen, verschwenderisch, rasen. Wie kann die Automobilität der Zukunft aussehen, nachhaltig, leibhaft, sozial?

LITERATUR ZENSUR VERFOLGUNG

22. – 24.6.2012 / Tutzing / mit dem PEN-Deutschland

Texte sind nicht harmlos, Autoren wegen ihrer politischen oder ästhetischen Haltung umstritten, verdächtig, aber auch Vorbilder kritischer Urteilskraft und mutigen Engagements. Statt profilierter Feinde verpassen auch anonyme Strukturen, kaum greifbare Mechanismen Maulkörbe. Welche Gesichter hat die Zensur?

VON DER DULDUNG ZUM RESPEKT

26.6.2012 / Tutzing

In Zeiten politischer und religiöser Extremismen gilt es, die fundamentalen Menschenrechte, die Würde des Menschen und den Wert des Einzelnen zu stärken. **Verleihung des Toleranzpreises**

Andacht

Der Morgen soll dir Gutes für den Tag bringen

Ich heiÙe Sie alle willkommen mit dem arabischen Gruß Sabahn hayr, dass in etwa bedeutet: *Der Morgen soll dir Gutes für den Tag bringen.*

Ich habe mir soeben erlaubt die Verse aus der Sure 2/136 und aus der Sure 49/10-13 zu rezitieren, natürlich mit folgender Übersetzung ins Deutsche:

„Sprecht: »Wir glauben an Gott und an das, was uns von droben erteilt worden ist, und das, was Abraham und Ismael und Isaak und Jakob und ihren Nachkommen erteilt worden ist, und das, was Moses und Jesus gewährt worden ist, und das, was allen (anderen) Propheten von ihrem Erhalter gewährt worden ist: Wir machen keinen Unterschied zwischen irgendeinem von ihnen. Und Ihm ergeben wir uns.« (Koran: 2/136).

„O Menschen! Siehe, Wir haben euch alle aus einem Männlichen und einem Weiblichen erschaffen und haben euch zu Nationen und Stämmen gemacht, auf dass ihr einander kennenlernen möget. Wahrlich, der Edelste von euch in der Sicht Gottes ist der, der sich Seiner am tiefsten bewusst ist.“ (Koran: 49/10–13)

Nichts hat je eine so große Wirkung auf den Menschen ausgeübt wie der Glaube. Der Materialismus und der Modernismus haben es nicht geschafft, den Menschen vom Glauben vollständig zu entfremden. Der Glaube an Gott, der im Menschen in den Tiefen der Seele, des Herzens und des Geistes verborgen blieb, kam immer wieder zum Durchbruch und wurde nicht nur in der Landbevölkerung, sondern auch in Künstlern, Politikern, Intellektuellen, Wissenschaftlern, Geschäftsmännern u.a. wirksam. Der Glaube ist der wichtigste Faktor, der dem Menschen einen inneren Frieden gibt.

Gott als der gemeinsame Nenner der Religionen ist ein Licht, das die Welt erhellt, und kein Faktor des Streits und der Feindseligkeit. Mit Gottes Hilfe überbrücken wir Unterschiede, leisten Widerstand gegen Schwierigkeiten und überwinden gesellschaftliche Missstände. Religionen und unterschiedliche Glaubensrichtungen dürfen uns niemals daran hindern, Gedanken hervorzubringen, die Gesellschaft voranzubringen, materielle Entwicklung zu erzielen, uns zu modernisieren, rational zu denken und friedlich mit allen Menschen zusammenzuleben.

Als Tagungsteilnehmer ist uns allen der Satz von Eugen Biser bekannt: „Wir leben in einer Stunde des Dialogs und überleben nur, wenn die wachsenden Konfrontationen durch eine Kultur der Verständigung überwunden werden können.“ Diese Analyse hat mich an die Zerstörung Jugoslawiens erinnert, welche ich selbst erlebt habe. In diesen Zustand ist das Land geraten durch eine Politik der Diskriminierung und Ausgrenzung gegenüber Minderheiten und insbesondere gegenüber Muslimen. Ein vernünftiger Dialog in

Augenhöhe fehlte. Das hat erst zu Parallelgesellschaften geführt, Hass gegenüber anderen erweckt und schließlich Zerstörung, Krieg und Leid verursacht. Nur eine Dialog-Kultur hat gefehlt, um alles das zu verhindern. Heute spüre ich die gleiche Sorge. Damit wir diese Spaltung verhindern, benötigen wir einen ernsthaften Dialog, gegenseitigen Respekt und Vertrauen. Wenn wir wirklich eine gelungene Integration wollen, dann ist Dialog mehr als Luxus. Durch Dialog werden alle gewinnen.

Ich bitte Dich, Gott!

Lehre uns, Dich und das von Dir erschaffene höchste Geschöpf, den Menschen, ein Leben lang zu ehren und zu lieben.

Barmherziger Gott,

schenke uns die Hingabe Abrahams, wenn wir uns verlassen fühlen, den Mut und die Gerechtigkeit Moses, wenn wir Angst verspüren, die Liebe Jesu, wenn uns mit Hass begegnet wird und den Frieden Muhammads, wenn wir zerstritten sind!

O Herr,

bestärke uns im Glauben, dass Liebe, Wahrheit und Gewaltlosigkeit letztlich größere Macht haben als Hass, Rache und Gewalt, und festige uns in der Hoffnung, dass unsere Arbeit und unser Ringen um Frieden nicht vergeblich sind!

Gott, außer dem es keinen anderen gibt,

lass uns nicht länger Fremde in der Fremde sein! Stärke in uns allen die Verbundenheit, den Respekt zueinander, lass uns zum gegenseitigen Nutzen voneinander lernen und lass uns das Nebeneinanderher überwinden!

Begleite uns in unseren Begegnungen und Gesprächen und mach uns frei von Misstrauen und Vorurteilen! Gib uns die Kraft, für ein friedliches Miteinander einzutreten, und zeige uns den Weg zum Verstand und zu den Herzen der Menschen!

Barmherziger Gott,

auch wenn wir Unterdrückung, Ungerechtigkeit und Hass erfahren sollten, führe uns auf den Weg der Vernunft, der Weisheit und der Versöhnung! Gib denjenigen keine Chance, die die Saat ihres Hasses verbreiten wollen!

Beschütze unser Land vor Rassismus, Gewalt und Terror! Wie Dein großer Prophet Abraham betete: *„Herr, mache diesen Ort zu einer Stätte der Sicherheit und des Friedens!“ (Koran: 14/35).* ﷻ

Amin!

(Morgenandacht von Imam Benjamin Idriz, Penzberg, anlässlich des Expertenforums zu dem Thema „Radikalkritik am Islam – Ursachen und Auswirkungen auf die interkulturelle und interreligiöse Verständigung und den gesellschaftlichen Zusammenhalt“, 1. bis 2. Februar 2012)